

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Induktive Höranlagen für hörbehinderte Menschen

GRin. **Haas-Wippel** stellt namens von SPÖ und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im gemeinsamen Dringlichen der SPÖ und der KPÖ geht es um Barrierefreiheit, nämlich um Barrierefreiheit für hörbehinderte Menschen. Menschen mit einer Behinderung werden allzu oft durch bauliche und infrastrukturelle Ausgrenzungen zusätzlich behindert. Eine barrierefreie Gestaltung ermöglicht allen die ungehinderte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Es müssen daher die Voraussetzungen geschaffen werden, damit behinderte Menschen nach dem Stand der Technik optimal am öffentlichen Leben teilnehmen können.

In Österreich leben derzeit 1,6 Millionen Menschen mit Hörbeeinträchtigungen, das heißt, dass jeder fünfte Österreicher schlecht hört und jeder zehnte ein Hörgerät brauchen würde. Schwerhörigkeit ist laut Allgemeiner Unfallversicherungsanstalt mittlerweile die häufigste Berufskrankheit in Österreich. Schwerhörigkeit hat viele Gesichter, aber eines haben sie gemeinsam: sie führen in die soziale Isolation, wenn man keine Hilfe in Anspruch nimmt – denn Hören stellt die Grundlage jeder menschlichen Kommunikation dar.

Für Schwerhörige gilt insbesondere für die Kommunikation und Informationsübertragung innerhalb von Gebäuden, das heißt, dass ihnen Höreindrücke oder Hörerlebnisse zugänglich gemacht werden müssen, wo dies nur möglich ist. Ein Hörgerät allein kann diese Leistung nicht erbringen. Ungünstige natürliche Umgebungsbedingungen – besonders Hintergrund- und Nebengeräusche – erschweren dem hörbeeinträchtigten Menschen das Verstehen zusätzlich, es geht da immer um das Sprachverständnis, dass man aus einem Stimmengewirr das deutlich das Wesentliche heraushören kann. Je massiver diese Störung ist, umso mehr

Konzentration muss der hörbehinderte Mensch aufbringen und umso anstrengender ist es für ihn und umso schneller ermüdet er.

Die induktive Höranlage, auch Induktionsschleife genannt, setzt genau bei diesen Störungen an – sie versucht, Fremdeinflüsse soweit wie möglich auszuschalten, damit sich der hörgeschädigte Mensch ganz darauf konzentrieren kann, was er hören möchte beziehungsweise hören muss. Diese technische Einrichtung ermöglicht den HörgeräteträgerInnen, störungsfrei Audiosignale wie Musik oder Wortbeiträge in Veranstaltungsräumen drahtlos über das Hörgerät zu empfangen. Die Induktionsschleife überbrückt gleichsam die räumliche Distanz zwischen Sprecher und Hörer, das akustische Signal kommt nicht durch den Lautsprecher im Raum an das Hörgerät, sondern auf elektromagnetischem Weg. Der technische Aufwand ist gering – die Verbesserung für Hörbehinderte ist groß.

Die Stadt Graz hat bereits mehrere Veranstaltungsräume mit einer induktiven Höranlage ausgestattet, genauso unseren Gemeinderatssaal hier, unter anderem aber auch das Schauspielhaus und das Opernhaus.

Hier kommt es leider immer wieder vor, dass trotz Installierung dieser Induktionsschleifen diese nicht eingeschaltet werden und so den BesucherInnen mit Hörbeeinträchtigungen der Kunst- und der Hörgenuss daher verwehrt bleibt.

Ich stelle daher namens der Fraktion der SPÖ und der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen sollen beauftragt werden,

- 1.) die Möglichkeiten eines weiteren Einbaus von induktiven Höranlagen, Hörschleifen beziehungsweise den Einsatzes von Kopfhörern in öffentlichen Gebäuden, die für Informationsveranstaltungen, Versammlungen, Besprechungen und BürgerInnenkontakten genutzt werden, zu prüfen, um

möglichst allen hörbeeinträchtigten Menschen eine bestmögliche Voraussetzung zu bieten;

2.) weiters sollen die Verantwortlichen darauf achten, dass bei Vorhandensein einer induktiven Höranlage diese auch eingeschaltet wird und

3.) dass induktive Höranlagen mit dem internationalen Symbol „Höranlage“ nach der ICE-Norm zu kennzeichnen sind.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Kowald** zur Dringlichkeit: Geschätzte Damen und Herren, werte Kollegin Haas-Wippel! Ich bin etwas enttäuscht, das Thema Barrierefreiheit wird leider Gottes sehr oft stiefmütterlich behandelt, sowohl von den Kultureinrichtungen als auch von sonstigen Einrichtungen in unserer Stadt. Es gibt schon sehr viel, oft wird es nicht eingeschaltet etc. Ich habe das ganze Frühjahr 2011 hindurch damit verbracht mit dem Schwerhörigenbund, mit dem damaligen Obmann Hans Neuhold, Hansi Neuhold ist jetzt nicht mehr da, ist auch nicht mehr Obmann des Schwerhörigenbundes, und wir sind genau durchgegangen die Facetten, wo es Mängel gibt, wo nachgebessert werden muss, wo nachgerüstet werden muss und sehr oft ist es einfach nur an der Einschaltung gelegen. Das Schauspielhaus wurde auch dabei sehr stark erwähnt. Ich habe dann einen dringlichen Antrag vorbereitet, den habe ich aus unterschiedlichen Gründen nicht eingebracht, ich habe dann eine Frage eingebracht am 20. Oktober 2011, bin in der Fragestunde leider nicht zum Zug gekommen, habe die Frage schriftlich eingereicht. Die Frage wurde natürlich beantwortet vom damaligen Kulturstadtrat Edmund Müller, ich habe immer Mundl gesagt zu ihm, macht nichts, der hat gesagt, du trittst gemeinsam mit mir an den Schwerhörigenbund heran. Dann habe ich gesagt, natürlich mache ich das gerne, ich bin selbst Mitglied beim ÖSSA, der damalige Obmann Hans Neuhold war lange Zeit Präsident von ganz Österreich von den Schwerhörigen und wir wussten sehr genau, wir hatten die ganzen technischen Rüstungen und, und, und, ich kann Ihnen zehn Seiten lange Listen übergeben, was da

getan werden muss. Sie tauchen aber heute auf, Frau Kollegin Haas-Wippel, und das muss ich so sagen, ich habe nichts gegen Ihre Fraktion, nichts gegen Ihre Partei, gar nichts, aber das ist eine Trittbrettfahrerei und das ist so nicht ok. Natürlich stimme ich seitens unserer Partei der Dringlichkeit zu, weil da ist leider noch nichts geschehen und da gibt es noch Nachbesserungsbedarf und unsere Stadt hat da noch viele Möglichkeiten und es kostet nicht weiß Gott wie viel Geld, man muss nur das Engagement tätigen und da kann noch viel getan werden. Ich stimme der Dringlichkeit zu, aber ich ersuche Sie, beim nächsten Mal genauer zu recherchieren. Es mag an den Turbulenzen in Ihrer Partei gelegen sein, dass Sie intern so schlecht oder gar nicht recherchiert haben oder dass die Informationen nicht weitergegeben wurden. Alles klar. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Haas-Wippel:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Österreich ist da noch, was Barrierefreiheit für hörbeeinträchtigte Menschen betrifft, Entwicklungsland im Vergleich zu anderen Ländern; zum Beispiel in Skandinavien, in Großbritannien oder in der USA, wo standardmäßig U-Bahnen oder Busse, Taxis mit Induktionsschleifen ausgestattet sind. Also wir haben noch viel zu tun, das ist das eine und zum Kollegen Kowald, ich habe nicht schlecht recherchiert, sondern ich habe die letzte Woche dreimal mit dem Kollegen Neuhold gesprochen und er hat mir gesagt, er leidet sehr darunter, dass eben Einschaltungen in öffentlichen Einrichtungen nicht aktiviert werden, er hat auch angeboten, MitarbeiterInnen entsprechend zu schulen, um das sicherzustellen, dass eben das Schauspielhaus und das Opernhaus entsprechend mit der induktiven Höranlage ausgestattet sind und auch funktionstüchtig ausgestattet sind. Der Herr Neuhold hat mir vorige Woche noch gesagt, dass das noch immer nicht funktioniert, er hat mir aber auch andere Beispiele genannt, wie zum Beispiel die List-

Halle, die List-Halle hat eine Induktionsschleife, man würde meinen, ja super, toll, aber es fehlt am unbedingt erforderlichen Verstärker, also das ist wieder so ein Schildbürgerstreich, man baut eine Induktionsanlage ein um rund 10.000 Euro, aber man ist nicht bereit, 2.000/3.000 Euro zusätzlich in die Hand zu nehmen und den dafür erforderlichen Verstärker anzukaufen. Also es gibt auf diesem Gebiet sehr viel zu tun und ich sehe das nicht im Widerspruch, wenn Sie, Herr Kollege Kowald eine Frage eingebracht haben und an den Kulturstadtrat gerichtet haben, ich finde es ist notwendig, dass wir alle uns dieses Themas annehmen, dass wir sensibel darauf reagieren, dass auch eine entsprechende Kennzeichnung vorhanden ist, dass die Piktogramme angebracht werden, damit eben unsere öffentlichen Einrichtungen, die mit Induktionsanlagen ausgestattet sind, auch für die Hörbehinderten als solche erkannt werden. Wir in der Stadt Graz haben ja schon sehr viele Räume ausgestattet, es ist der Gemeinderatssaal, es ist der Stadtsenatssitzungssaal, es ist der Bereich um den Portier, es ist der Trauungssaal und, und, und, aber eben in verschiedenen anderen Bereichen ist noch einiges zu tun und deshalb die Stoßrichtung, mehr Induktionsschleifen einzubauen, entsprechend die Schulung der Mitarbeiter, damit sie auch funktionstüchtig im Einsatz sind und die entsprechende Kennzeichnung. Danke für die Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Petition zur Änderung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 - Vertragsraumordnung

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zuerst einmal ein Danke sagen für die breite Unterstützung aller Fraktionen hier im Gemeinderat für einen dringlichen Antrag, der zuerst einmal in der ersten Lesung etwas sperrig klingt, durchaus zugegeben. Es geht darum, dass wir immer wieder auch seitens der Stadt oder auch des urbanen Bereiches „Probleme“ haben, wenn ich das unter Anführungszeichen sagen darf, mit dem Steiermärkischen Raumordnungsgesetz 2010, nämlich mit der Anwendung insbesondere für die Anliegen der Stadt Graz oder des urbanen Bereiches. Deshalb der Vorstoß, hier im Petitionsweg eine Vertragsraumordnung stärker zu positionieren. Danke auch an die Diskussionsteilnehmer der Raumordnungssprecher, wir haben das ja gemeinsam vorbereitet und ich darf hier stellvertretend diesen dringlichen Antrag hier einbringen. Ich danke aber auch den Damen und Herren der beteiligten Abteilung, insbesondere auch den Kollegen des Bürgermeisteramtes, die das auch mit der Oberbehörde abgesprochen, vorbereitet haben. Wir haben im derzeitigen Raumordnungsgesetz ja Paragraphen 34 bis 37 und 43, die also unter dem Titel oder unter dem Sammelbegriff „Vertragsraumordnung“ zu subsumieren wären. Es ist allerdings so, dass im § 35 lediglich Verwendungsbeschränkungen angeführt sind, im § 36 wird die Bebauungsfrist geregelt und im § 37 werden Vorbehaltsflächen hier definiert. Es ist so, dass insbesondere der Stadt Graz bei Neuausweisungen von Wohnbauland beziehungsweise beim Erlassen von Bebauungsplänen im Rahmen der Baulandzonierung zum Zweck der Schaffung von Siedlungswohnbau regelmäßig mit einem sehr hohen Investitionsdruck auf Seiten der Stadt Graz zur Schaffung von Siedlungsinfrastruktur, ich nenne da die Anbindung an den öffentlichen Verkehr, die Schaffung von Freiflächen, Grünanlagen, Straßeninfrastruktur usw. verbunden, welche derzeit nicht oder nur unzureichend auf die Planungsinteressenten, und das haben wir immer wieder, wenn wir darüber diskutieren, überwältzt werden können.

Der § 43 ist auch ein zu schwaches Instrument für die Stadt Graz, weil der enthält lediglich Bestimmungen hinsichtlich der Planungs- und Aufschließungskostenbeiträge. Darüber hinaus ist es aus den oben genannte Gründen dringend geboten, dass die

Gemeinde bei einer Änderung der Planungsinstrumente des Raumordnungsgesetzes zusätzlich auch zum Abschluss solcher zivilrechtlichen Vereinbarungen ermächtigt wird, wodurch entweder Servitutsrechte zugunsten der Allgemeinheit eingeräumt oder zur Schaffung von öffentlich zugänglichen Freiflächen diese bis zu einem Anteil von 10% des vom Planungsinstrument betroffenen Baulandes unentgeltlich in das öffentliche Gut der Gemeinde abgetreten werden.

Wir haben in diesem Zusammenhang, und ich führe nicht alle Verordnungsgesichtspunkte des 4.0 STEK-Entwurfes an, wir haben in vielen Bereichen dieses Erläuterungstextes in Bälde zu beschließenden 4.0 STEK-Entwurfes viele Dinge definiert, die ganz besonders auch auf bestimmte Stadtteile in unserer Stadt abzielen, wo der Anteil oder die Grünflächenausstattung, die Freiflächenausstattung hier wesentlich zu gering auch hier festgestellt wurde. Ich nenne hier die Bezirke insbesondere im Westen Gries und Lend usw., wo ganz klar ein Defizit an öffentlichen Flächen ausgewiesen wird. Wir haben hier einen großen Handlungsbedarf und ich glaube und wir waren der Meinung, dass wir hier tatsächlich noch einmal an den Landesgesetzgeber herantreten sollten. Als eine der Handlungsstrategien für Freiflächen ist eben im Erläuterungstext des Entwurfes 4.0 STEK insbesondere festgehalten, dass im Fall einer Umwandlung von Aufschließungsgebieten, auch das ist ein wesentlicher Punkt, in vollwertiges Bauland der Flächenbedarf unbedingt befriedigt werden sollte.

Namens aller im Gemeinderat vertretenen Klubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag,

ich durfte alle Fraktionen hier mit hereinnehmen, der Grazer Gemeinderat wolle beschließen, dass das Land Steiermark im Petitionswege aufgefordert wird:

1. Die Regelungen über die Vertragsraumordnung in § 43 Raumordnungsgesetz 2010 dahingehend zu präzisieren beziehungsweise zu ergänzen,

- a. dass sich § 43 einerseits auf sämtliche Planungsinstrumente des ROG bezieht, also momentan ist nur der Flächenwidmungsplan genannt, also auch örtliches Entwicklungskonzept und Bebauungsplan und
- b. dass § 43 Raumordnungsgesetz dahin ergänzt wird, und das ist ganz besonders wichtig, in Kürze formuliert, dass die Gemeinde bei einer Änderung der Planungsinstrumente, also bei allen drei Planungsinstrumenten, zusätzlich auch zum Abschluss solcher zivilrechtlichen Vereinbarungen ermächtigt wird, wodurch entweder Servitutsrechte zugunsten der Allgemeinheit eingeräumt oder zur Schaffung von öffentlich zugänglichen Freiflächen diese bis zu einem Anteil von in etwa 10% des vom Planungsinstrument betroffenen Baulandes unentgeltlich in das öffentliche Gut der Gemeinde abgetreten werden.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages, der offensichtlich auf sehr breite Zustimmung trifft. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Topf! Es ist sicher der Fall, dass das Steiermärkische Raumordnungsgesetz natürlich Probleme aufwirft, das ist außer Streit. Ich beziehe mich auf den Absatz auf Seite 2, der sich auch im Antragstext wiederfindet, wo steht, darüber hinaus ist es aus oben genannten Gründen dringend geboten, dass die Gemeinde bei der Änderung der Planungsinstrumente des Raumordnungsgesetzes auch zum Abschluss solcher zivilrechtlicher Vereinbarungen ermächtigt wird, wodurch entweder Servitutsrechte zugunsten der Allgemeinheit eingeräumt oder zur Schaffung von öffentlich zugänglichen Freiflächen diese bis zu einem Anteil von 10 % des vom Planungsinstrument betroffenen Baulandes unentgeltlich in das öffentliche Gut der Gemeinde abgetreten werden. Ich denke, dass dieser, zumindest dieser Text ein Zeichen von Rat- und Hoffnungslosigkeit ist, wie man wirklich dieses Raumordnungsgesetz auf eine andere Basis stellen kann. Ich könnte mir Mehreres

vorstellen, aber dieser Weg, der hier beschritten wird, ist ein absolut antibürgerlicher Weg, dem man nicht entsprechen kann. Es ist ein Weg, der sicherlich nicht im Geiste, wenn ich es auf deutsche Verhältnisse umlege, im Geiste von Konrad Adenauer oder von Ludwig Erhard ist, sondern eher, sage ich einmal, von Walter Ulbricht oder Erich Honecker, weil es hier de facto um Enteignung geht, wo der Bürger oder der Eigentümer des Grundstückes gar nicht gefragt wird, du musst 10 % hergeben deines Grundstückes und ich suche mir noch aus, welches Scheibchen ich mir von dem Grund rausschneide. So könnte dieser Text interpretiert werden und ich sage, diese Maßnahme, so wie es hier in der Textierung drinnen ist, kann ich mir in keiner Weise vorstellen. Bei den Grünen wundere ich mich nicht über die Zustimmung, bei den Sozialdemokraten und bei den Freiheitlichen bin ich eigentlich schon etwas verwundert, aber vielleicht haben sie es nicht so genau gelesen den Text. Ich werde sicherlich diesem Antrag, so wie er da steht, meine Zustimmung nicht geben. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StRin. **Kahr** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass dieser Antrag eingebracht wird und dass er vor allem auch so auf breite Unterstützung hier im Hause fällt. Ist es doch ein Grundproblem und eine Problematik, die wir seit vielen, vielen Jahren immer in Diskussion mit Stadtentwicklungskonzept, Flächenwidmungskonzept und das mit den Grundstücksvorsorgeflächen, das haben wir eh alles erlebt, was da im Nachhinein dann oft passiert damit, dass es eben zu Ungunsten der Wünsche, vor allem wenn es um Grünraum geht, dann passiert. Es ist unter anderem auch die Diskussion gewesen rund, falls es noch in Erinnerung ist, um die Ilwofgründe, wo jetzt gebaut wird, wo das ja auch eine Vorbehaltsfläche war eigentlich für Spiel und Sport und dann aber umgewidmet worden ist, weil es die Stadt nicht konsumieren konnte. Ich möchte nur

erinnern daran, dass es eben gehen kann und das es gut gehen kann, dass man aber auch immer zu Ende denken muss, weil wir mit einem Übertragungswohnbau in der Floßlendstraße genauso diesen Gedanken zum Inhalt hatten, eben nicht ein Grundstück nur zu kaufen für unsere künftigen Bewohner und Bewohnerinnen in der Floßlendstraße, sondern auch gleich mitzudenken, wie ist dieser Stadtteil mit Grünraum ausgestattet, deshalb haben wir da eine Studie in Auftrag gegeben, die das auch bestätigt, sonst hätten wir das alles gar nicht so machen können. Das ist ein sehr langwieriger Prozess gewesen, da ist unser Gestaltungsbeirat noch vorgesetzt worden, das hat lange, lange gedauert. Faktum ist, wir haben es dann geschafft, es wird, wenn es gut geht, einen Quartierspark dort geben für die BewohnerInnen, der geht natürlich aber auf Kosten unserer eigenen Möglichkeiten, deswegen ist diese Vorgehensweise natürlich besser so. Zu Ende denken meine ich nur dann, jetzt soll es diesen Quartierspark geben, aber man muss natürlich auch, wenn wir öffentlichen Grünraum schaffen für unsere Bewohner und Bewohnerinnen, denken daran, dass er auch gepflegt werden muss und das heißt, es muss einhergehen sozusagen, dass man mitdenkt und die nötigen Mittel und auch die personellen Ressourcen schafft, dass diese Grünanlagen dann auch gepflegt werden können, weil genau vor dem Problem stehen wir jetzt, dass der Quartierspark zwar von der Grundfläche her gesichert ist, aber noch nicht ganz gesichert ist der Reinigungsrythmus, dann die ganze Möblierung und da hoffe ich doch, nachdem jetzt alle hier im Haus so etwas für gut befinden, dass wir hier auch die entsprechende Unterstützung bekommen, weil das zum Beispiel eine Ergänzungsfläche für den Stadtteil Lend ist (*Applaus KPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Ganz kurz zum Kollegen Mariacher. Wir haben ganz eindeutig hineingeschrieben, und diesen Absatz hast du ja zitiert, dass es bei den Änderungen von Planungsinstrumenten soweit sein soll, das heißt, wenn wir im Zuge einer Umwidmung, wenn wir im Zuge eines Aufschließungsbereiches sozusagen hier als Stadt gefordert sind, dann sollte man diese Möglichkeit eingeräumt bekommen. Wir

haben momentan das Problem, dass wir bei entsprechenden Bebauungsplänen, bei Umwidmungen sogar zugunsten des Grundeigentümers, weil er ja dadurch auch einen Aufwertungsgewinn allenfalls lukrieren kann, nicht die Möglichkeit haben, hier entsprechende infrastrukturelle Maßnahmen vom Grundeigentümer einzufordern. Da geht es nicht um „Enteignung“ unter Anführungszeichen, sondern es geht darum, dass wir, wenn die Stadt Graz hier schon bereit ist, Umwidmungen zuzulassen, eben entsprechende Bebauungspläne auch im Sinne eines Bauträgers, eines Grundeigentümers hier zu bewerkstelligen, dann sollte sozusagen der Grundeigentümer, der ja allenfalls auch über Umwidmungsgewinne hier durchaus einiges, sage ich, lukrieren kann, sollte auf der anderen Seite die Möglichkeit geboten sein, hier, je nachdem wie der Gesetzgeber das dann formuliert, die Möglichkeit geboten sein, hier für die Infrastruktur entsprechende Flächen insbesondere in sehr benachteiligten Bereichen, und die haben wir zum Teil sehr stark, insbesondere auch im Westen, hier zur Verfügung zu stellen. Das ist der Ansatz meiner Petition. Ich glaube, dass das in diese Richtung gerechtfertigt ist (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Ausbau BürgerInnenbeteiligung/Demokratiekonvent

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp einem Jahr haben wir gemeinsam, nämlich ÖVP und SPÖ, das sage ich als Vorbemerkung zu meinem Dringlichen, die Richtlinie für Grazer BürgerInnenumfragen beschlossen. Unzufrieden, wie wir gewesen sind, aber wir waren befriedigt darüber, dass wir Dank der Magistratsdirektion, Dank Fachfrauen und Fachmännern zu einer Lösung

gekommen sind, die zumindest gewährleisten, dass es eine solche Umfrage der Bürgerinnen und Bürger von Graz gibt, nämlich auf der Basis von Organbeschlüssen, dass es darum geht, Sachthemen anzusprechen, die im Interesse der Bevölkerung liegen und dass es darum geht, in einer erweiterten Klubobleutekonferenz die Sachthemen pro und kontra vorzubereiten und aufzuarbeiten für die Bürgerinnen und Bürger, bevor es zur Befragung kommt auch unter Einbeziehung von AktivbürgerInnen und NGOs. Was wir verhindern wollten, und da haben wir deswegen zugestimmt und nach Maßgabe der Fachleute, der Fachmänner und Fachfrauen, dass es zu keiner Mehrfachstimmabgabe kommt, dass es eine Umfragekommission gibt, die das Ergebnis bewertet, dass es eine Hotline gibt mit niederschwelligem Zugang und dass es vor allem darum geht, die datenschutzrechtlichen Grundlagen zu sichern. Zum Unterschied jetzt statt der BürgerInnenumfrage, die wir beschlossen haben, von der wir ausgehen durften, dass sie kommen wird in der Stadt Graz zu den Sachthemen, gibt es jetzt eine ÖVP-Umfrage, die nicht dem tadellosen und vornehmlich notwendigen Reglement, das wir beschlossen haben vor einem Jahr im Gemeinderat, entspricht. Deswegen stelle ich den Antrag und inhaltlich nicht zum ersten Male, ich habe ihn ein bisschen allgemein formuliert, weil ich bin mir der Kritik auch einiger Kolleginnen und Kollegen in diesem Gemeinderat bewusst, dass ich ihn sehr allgemein formuliert habe, aber es ist mein dritter dringlicher Antrag in der Causa BürgerInnenbeteiligung, demokratiepolitische Vorstöße mehr Bezirksdemokratie in Graz zuzulassen. BürgerInnenbeteiligung steht für mehr Demokratie, für mehr Stadt und damit auch für mehr Chancen, bin ich der Ansicht, sind wir der Ansicht, aber auch mehr Herausforderungen. Sowohl für Grazerinnen und Grazer als auch für die Politik, denn partizipatorische Demokratie ist darauf angelegt, möglichst viele Menschen in möglichst vielen Bereichen an Entscheidungen und Entwicklungen teilhaben zu lassen. Wer BürgerInnenbeteiligung ernst nimmt, ernster als sie derzeit genommen wird, kann somit die Teilhabe nicht auf ganz wenige ausgewählte Projekte beschränken und wer BürgerInnenbeteiligung ernst nimmt, kann schon gar nicht exemplarische Befragungen zu Themen meinen, die nicht einmal im eigenen Wirkungsbereich und damit in der eigenen

Umsetzungsverantwortung der zu Befragenden liegen. Und BürgerInnenbeteiligung lässt sich nicht durch ein Modell erreichen sie umfasst viele Ebenen, es gilt ebenso, Aktivbürgerinnen und Bürgerinitiativen in ihren Möglichkeiten zu stärken, wie auch den vielen Leisen, die noch nicht an solchen aktiven Beteiligungsprozessen beteiligt wurden oder werden oder sich beteiligen wollen, eine Stimme zu geben, ihnen Mut zu machen und Gelegenheit zur Teilhabe zu bieten. Denn eine partizipatorische Demokratie im Sinne von Mitwirkung an der Zukunftsgestaltung muss allen Grazerinnen und Grazern möglich sein.

Das heißt aus unserer Sicht, es braucht verschiedenster, auch niedrigschwelliger Ansätze, es bedarf eines Programmes im Bausteinprinzip, das auf drei wesentlichen Eckpfeilern ruht: nämlich Information. Denn Grundvoraussetzung für das Mitwirken und Mitgestalten ist das Wissen um geplante Vorhaben, um den laufenden Stand von Projekten, um Entwicklungen. Wobei dieser Zugang möglichst jedem/jeder offen stehen soll.

Kommunikation: Denn Mitgestaltung lebt von der Kommunikation, vom Gespräch, wobei sich die Politik mehr als bisher als Gesprächspartnerin für die Bevölkerung verstehen muss.

Vielfältige Beteiligungsstrukturen: Denn es braucht eine ganze Reihe von Angeboten, sich an der Zukunftsgestaltung auf verschiedenen Ebenen, in unterschiedlicher Intensität themenbezogen wie auch generell zu beteiligen; wobei auch die Formen der Beteiligung als dynamischer, veränderbarer, auf die Intentionen und Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassender Prozess verstanden werden müssen.

Entscheidend natürlich ist, dass BürgerInnenbeteiligung – in welcher Form auch immer sie zur Umsetzung gelangt – von möglichst allen mitgetragen wird: Von der Bevölkerung ebenso wie von den politischen VerantwortungsträgerInnen, also keine parteipolitische Aktion allein sein darf. Das bedeutet: Wie Information, wie Kommunikation, wie Beteiligung gestaltet werden soll, welche Rolle dabei die Bezirksdemokratie spielen kann, welche Instrumentarien etc. benötigt werden, ist auf breiter Basis zu entwickeln. Dabei gehören VertreterInnen aller politischen

Fraktionen ebenso eingebunden wie AktivbürgerInnen, VertreterInnen von BürgerInneninitiativen und auch soziodemografisch zusammengesetzte Planungszellen.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich im Sinne des Motivenberichts dazu, dass die Möglichkeiten der partizipatorischen Demokratie in Graz ausgebaut werden sollen, wobei die Bereiche Information – Kommunikation – und Beteiligung die wesentlichen Säulen darstellen.
2. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass dieser Ausbau der BürgerInnenbeteiligung im Sinne des Motivenberichts ausschließlich auf breiter Ebene, unter Einbindung aller politischen Parteien, VertreterInnen von BürgerInneninitiativen, AktivbürgerInnen und unter Einbindung des Beirats für BürgerInnenbeteiligung sowie soziodemografischer Planungszellen erfolgen kann.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe – bestehend aus VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen sowie der Magistratsdirektion und der Plattform der BürgerInneninitiativen „Mehr Zeit für Graz“ – einzurichten, die die Voraussetzungen und Notwendigkeiten für einen entsprechenden „Demokratiekonvent“ gemäß Punkte 1 und 2 überprüft.

In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung und um eine rege kritische Diskussion aus aktuellem Anlass. Danke für das Zuhören (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klubobmann, lieber Karl-Heinz! Das Thema ist aus aktuellem Anlass gerade durch die

ÖVP-Bürgerbefragung, die jetzt initiiert ist und wo man stapelweise entsprechende Codes und Unterlagen in der Stadt finden kann und auch entsprechend nutzen kann, ist natürlich absolut gegeben. Denn mit diesen Maßnahmen, die gesetzt worden sind, wurden die gemeinsamen Regelungen, die hier im Gemeinderat für solche Situationen abgestimmt worden sind, aufs Gröblichste verletzt. Der Datenschutz wird überhaupt nicht eingehalten, auch seitens der ÖVP, die jetzt dabei ist, Firmen aufzusuchen, Unternehmen aufzusuchen, um ihre Klientel mit weiteren Exemplaren dieser Bürgerbefragungsunterlage auszustatten, weil man natürlich am Firmen-PC eine eigene IP-Adresse hat und sozusagen seine eigene Stimme multiplizieren kann. Das ist absolut nicht das, was gemacht werden darf, was an ehrlicher und seriöser politischer Arbeit wirklich sehr zu wünschen übrig lässt. Des Weiteren wurde, ohne das hier im Gemeinderat zu erörtern, ohne in den politischen Gremien fraktionsübergreifend zu besprechen, ein Alleingang gewählt, alles andere ist wirklich nicht getan worden, es wurde ein Alleingang gewählt, es wurde nicht der Konsens, ein parteiübergreifender, fraktionsübergreifender Konsens gesucht. Auch das war in der damaligen entsprechenden Resolution drinnen, dass das auf jeden Fall versucht wird. Es werden auch Fragen abgefragt, die absolut nicht im Wirkungsbereich der Stadt Graz und der Grazer Bürger liegen, auch das ist ein Thema, das sicherlich zu kritisieren ist. Den Leuten wird vorgegaukelt, sie können über ein Thema abstimmen, das aber hier in Graz gar nicht behandelt werden kann. Auch der partizipatorisch demokratische Ansatz wird auch heute wieder mit Füßen getreten. Wir haben gehört die Antwort auf die Live-Übertragung, was ein Grundprinzip von Transparenz wäre, überhaupt dem Bürger einmal zu sagen, wie es hier zugeht...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Bitte kauf dir eine Helmkamera.

GR. Mag. **Mariacher**: ...was hier gearbeitet wird und daher ist dieser Antrag vom Karl-Heinz, der sich in wesentlichen Punkten auch mit meinem dringlichen Antrag deckt, absolut zeitgerecht eingebracht und meine Unterstützung ist ihm gegeben, obwohl hier in Richtung eines Demokratiekonventes die Wohlmeinung Ausdruck gegeben wird, ich sage ja auch dazu, grundsätzlich ja, aber das ist in weite Ferne gerückt. Ich glaube und ich denke, es ist geboten und notwendig, dass wir hier zu dieser konkreten Situation, die wir jetzt in Graz vorfinden, wo ein Amtsträger die Leute täuscht, indem sie glauben, dass die Stadt Graz wirklich der Auftraggeber dieser Bürgerbefragung ist und nicht eine Einzelpartei, eine einzelne Parteiorganisation, dass hier dieses Thema wirklich das so behandelt wird, dass man schnell zu einer Regelung findet, die Ganze wieder in ein vernünftiges Maß zurückholt, in ein rechtes Licht rückt, um hier wieder eine gemeinsame Basis zu finden, weil sonst driftet alles auseinander und das wäre nicht im demokratischen Sinne. Danke.

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich glaube, über den Ausbau der Bürgerbeteiligung gehört gesprochen da herinnen, das ist ein völlig richtiger Ansatz, den der Karl-Heinz Herper hier auch verfolgt. Deswegen gebührt hier auch Dank für diese Initiative, es gehört gesprochen, er hat gesagt, mit allen Fraktionen und dann ist, glaube ich, diese partizipatorische Demokratie, wie auch in diesem Antrag drinnen steht, ist ein bisschen ein Zungenbrecher, ich weiß, aber auch möglich. Und das Entscheidende ist, dass dann die Bürger nicht von einer Partei vereinnahmt werden können, das so weit geht, dass man ihnen suggeriert, sie können mitregieren, was ja der Gipfel der Augenauswischerei in meinen Augen ist und sie dann auch über Dinge abstimmen lässt, wo die die Stadt gar nicht selbst das Regelungs-Pouvoir auch hat. Entscheidend ist bei dieser Initiative vom Karl-Heinz Herper zweierlei, einerseits ist es oder wird darin ein Bekenntnis des Gemeinderates abverlangt hinsichtlich echter Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie und zweitens soll auch eine ernsthafte Diskussion über verschiedene Modelle der bürgerlichen Mitbestimmung auch

diskutiert werden und da gibt es natürlich unterschiedliche Zugänge, unterschiedliche Ansätze. Wir haben hier auch einen Ansatz zur Diskussion gestellt, und da geht es darum oder dieser Ansatz wäre nämlich die Einsetzung repräsentativer Meinungsumfragen, das wäre effektiv, das wäre billiger und vor allem, das wäre auch abseits jeglicher Manipulationsmöglichkeit und zwar von unabhängigen Instituten. Ich glaube, das ist ein Ansatz, der auch zu diskutieren ist, aber, um es kurz zu machen, weil diese beiden Punkte, nämlich Bekenntnis des Gemeinderates zu echter Bürgerbeteiligung und die Diskussion über verschiedene Modelle, in diesem Antrag auch beinhaltet sind, gibt es für uns zur Dringlichkeit und auch zum Inhalt ein klares Ja (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Die Wahlkampfzeiten sind in diesem Haus und da ist die Sozialdemokratie auch immer mit vorne dabei, beliebte Zeiten, um die BürgerInnenbeteiligung in diesem Haus immer wieder neu zur Diskussion zu stellen. Ich kann mich jetzt, das ist jetzt der dritte Wahlkampf, den wir jetzt momentan als Beginn erleben, in dem BürgerInnenbeteiligung rauf- und runterdiskutiert wird. Karl-Heinz, du hast in deinem Antrag es sehr richtig aufgelistet, was alles unter BürgerInnenbeteiligung zu verstehen ist, deswegen wundere ich mich dann manchmal schon, warum man immer wieder so tut, als müsste man das alles neu begründen, es besteht in jedem Ressort die Möglichkeit, laufend und zu jedem Projekt BürgerInnenbeteiligung umzusetzen und ich denke, diese Möglichkeit besteht auch im Ressort der Sozialdemokratie. Immerhin in zwei Bereichen, also sehe ich da manchmal schon auch ein bisschen einen taktischen Hintergrund, warum man dann immer ganz besonders bürgerInnenfreundlich sein will, wenn gerade der Wahlkampf ist. Es geht im laufenden Betrieb darum, nicht nur davon zu reden, sondern es auch zu tun. Ich denke, viele Erfahrungen insbesondere im Verkehrsbereich sehen, dass es nicht immer sehr einfach ist, BürgerInnenbeteiligung zu leben, aber dass man es ernst nehmen kann und damit auch die Verfahren anwenden kann, die es längst gibt und

wozu es Erfahrungen gibt. Und ich möchte die SPÖ auch noch einmal an das Projekt, wenn ich mich erinnere an den letzten Wahlkampf, sehr viel Widerstand kam von eurer Seite, interessant dass es jetzt herangezogen wird, um Zeuge zu sein für die besondere BürgerInnenorientierung der SPÖ. Aber trotzdem, weil wir als Grüne auch als grüne Bewegung, die aus der BürgerInnenbeteiligung und Partizipation sich entwickelt hat, natürlich für jede Form der Verbesserung partizipativer Formen sind, werden wir trotzdem der Dringlichkeit zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck:** Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden diesem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen. Denn in diesem Antrag steht ja auch sehr viel von mehr Demokratie, von mehr Demokratieverständnis. Dazu passt natürlich auch die ganze leidige Diskussion, die wir heute schon rund um die Bestellung von Stadtrat Rüschi zum Gemeinderat geführt haben und führen mussten dazu, dazu passt natürlich auch, dass ich mit meinem Demokratieverständnis heute auch eine kleine Entschuldigung anbringe, denn ich habe den Herrn Stadtrat damals in meiner letzten Budgetrede im vergangenen Jahr mit recht scharfen Worten sein Budget angegriffen, was ja in Ordnung ist, ich habe aber auch mit scharfen Worten ihn als Personalreferent angegriffen, was mit Abstand gesehen in dieser Schärfe wahrscheinlich doch unangemessen und auch unangebracht war, denn wenn man den Stadtrat kennt, dann ist er wohl einer jener wenigen Politiker in Führungspositionen, die, bevor sie zu einer Notlüge greifen, lieber nichts sagen, der durchaus ehrlich ist und auch sehr integer ist, und er hat vor allem noch eine Eigenschaft, er ist vom Scheitel bis zur Sohle loyal, das haben wir heute gesehen. Selbst wenn er heute bei diesem Trauerspiel mitmachen musste, vor allem wenn man weiß, dass das alles gegen sein Demokratieverständnis geht, gegen sein Verständnis gegenüber seinem Job als Stadtrat, als Finanzstadtrat, auch gegen seine Vorstellung der Arbeit eines Gemeinderates und wenn man sieht, dass es ihm schon fast körperlich unangenehm war, wie ihn der Bürgermeister dazu auch noch die Hand

geschüttelt hat und gratuliert hat zu dieser Aufgabe, dann macht man das Ganze natürlich noch einmal zu einer großen Farce. Also, wenn ein Mann wie Rüschi als Lückenbüßer herhalten muss für eine Politikerin, die diesem Haus unliebsam geworden ist, und sich dann mit seinem Amt mit Hohn und Spott anderer Politiker und wirklich den Medien aussetzt, dann ist das wohl wirklich der höchste Dienst, denn ein Mann wie Rüschi seiner Partei leisten kann. Denn während der Bürgermeister kostenintensiv und medienwirksam eine äußerst und wirklich, ehrlich gesagt, schlecht gemachte Kampagne zur Bürgerbeteiligung fährt, ich meine, als ich dich zum ersten Mal da mit dem Pinsel gesehen habe, habe ich ja eigentlich gedacht, das ist eine Fortsetzung zu deiner Vandalismuskampagne, muss ich ehrlich sagen, während du also diese untaugliche Panne zur Bürgerbeteiligung propagierst, demontierst du auf der anderen Seite hier die Demokratie hier im Haus, den guten Ruf eines Stadtrates und auch dessen Loyalität, denn eure Bürgerbeteiligung strotzt vor Sicherheitsmängeln, ist unausgegoren, weckt den Verdacht bei der Bevölkerung, es sei eine Umfrage der Stadt und nicht der Partei und es sind Themen abgefragt, die nicht wirklich in den Wirkungsbereich der Stadt fallen. Deswegen, liebe ÖVP, stimmt diesem Antrag der SPÖ zu, darin steht nämlich, wie es wirklich geht. Danke.

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Kollegen und sehr geehrte Kolleginnen, lieber Karl-Heinz! Es war zu erwarten, dass heute so ein Antrag kommt, aber das Wort Bürgerbeteiligung wird eigentlich in den letzten Jahren, in den letzten zehn Jahren, soweit ich das beurteilen kann, in diesem Haus sehr, sehr strapaziert. Es klingt immer wieder auf, aber ich habe mir jetzt einfach einmal überlegt, wie schaut es tatsächlich aus, was hätte man in der Vergangenheit eigentlich außer reden nicht alles schon machen können. Es gibt zum Beispiel die Möglichkeit, Volksbefragungen nach dem Volksrechtegesetz durchzuführen, aber wenn ich so überlege, welche Partei das in den letzten zehn Jahren in Anspruch genommen hat, kann ich es von unserer Fraktion sagen, wir haben damals zur den Gemeindewohnungen eine Volksbefragung gemacht

und was mussten wir uns hier in diesem Haus anhören. Ihr seid Angstmacher, Stimmenfänger, Populisten und alles Mögliche, also das heißt, das ist hier bei weitem nicht gutgeheißen worden, dass wir dieses Instrument in Anspruch genommen haben. Seit neun Jahren wird diskutiert zum Thema Demokratiepaket und da muss ich wirklich auch zur SPÖ sagen, wie ihr in der Koalitionsregierung wart, habt ihr diese Diskussion geflissentlich abgewehrt und wolltet ihr nichts wissen davon. Wie schaut die Bezirksdemokratie heute aus? Statt verstärkte Kommunikationszentren in den einzelnen Bezirken aufzubauen und den Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit zu geben, dort zu kommunizieren, haben wir Bezirksämter eingespart zugunsten von Servicestellen. Wir sind heute nicht einmal in der Lage, allen Haushalten eine Einladung zukommen zu lassen zu einer Bezirksversammlung. Wir haben verschiedenste Projekte, Stadtteilprojekte, die jetzt wieder in den Bezirken laufen, die eben zur Zeit gerade EU-gefördert werden, hier werden die Bürger wiederholt befragt, was sie für Wünsche haben, aber wenn man dann dort vor Ort ist, dann muss man feststellen, dass es eigentlich keine Lösungskompetenz gibt, dass den BürgerInnen eigentlich nur zur Antwort gegeben wird, das ist nicht möglich oder dass nur sehr, sehr wenige Dinge umgesetzt werden können. Es hat in der Vergangenheit den ganzen Prozess „Zeit für Graz“ gegeben, unsere Fraktion hat damals im guten Glauben mitgestimmt, aber leider sind wir in unserer Hoffnung sehr enttäuscht worden, außer dass es hier eine kostspielige Bürgerbefragung gegeben hat, eine moderierte, ein Maßnahmenkatalog zu Bürgeranliegen wurde erstellt, ein Bürgerbeirat wurde geschaffen, das ist ja alles positiv, aber wenn man wirklich sieht, was rauskommt, ist man eher enttäuscht. Wo die Bürgerinnen und Bürger der Schuh drückt, das wissen wir alle und da ändert sich nicht sehr viel, aber wenn wir keine Lösungen anbieten können und wenn sich für die Bürgerinnen und Bürger nichts ändert, dann werden sie uns nicht mehr glauben. Was die Bürgerbefragungen betrifft, ohne eine Verbindlichkeit, dass diese Anliegen der Bürger und Bürgerinnen im Gemeinderat auch tatsächlich in ihrem Interesse behandelt werden, wenn das nicht gewährleistet ist, so muss ich sagen, ist das eine reine Augenauswischerei und Wahlkampfpropaganda. Außerdem haben wir hier ein halbes Jahr diskutiert, auch bei

den Klubobleuten, wir haben Richtlinien für eine Bürgerbefragung beschlossen, warum wurde das im vergangenen Jahr von niemandem in Anspruch genommen? Zum Demokratiekonvent muss ich sagen, schön und gut, aber der Glaube fehlt uns einfach dazu. Es ist wichtig, dass es zur Bürgerbeteiligung eine weitere Diskussion gibt, deswegen werden wir diesem Antrag auch in der Dringlichkeit und auch im Inhalt unsere Zustimmung geben, aber wir würden uns wünschen, dass eine grundlegende Änderung von Beteiligungsstrukturen diskutiert wird und dass diese auch gesetzlich verankert werden, sodass das nicht einfach nach Goodwill einmal so und einmal so gehandhabt werden kann. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Karl-Heinz Herper, dass du die BürgerInnenbeteiligung jetzt doch in den Mittelpunkt rückt, vor ein paar Tagen in den Zeitungen waren andere Wortmeldungen, auch deiner Fraktion, zu lesen. Wobei es schon ein bisschen überrascht, dass der Antrag im Prinzip ein bisschen eine Abschreibübung des Protokolls der öffentlichen Beiratssitzung vom 29. November ist, weil alles das, was du in einem Antrag dringlich verpackst, ja im Laufen ist, das ist genau das, was vereinbart wurde, wir haben extra Experten auch bei dieser öffentlichen Beiratssitzung dabeigehabt. Mit Herrn Berger ist eine Vorgangsweise vereinbart worden, wie man genau zu diesen ganzen Punkten jetzt kommt, nämlich zu einer Verschriftlichung, dass man das ganze Prozedere festlegt, dass man die verschiedenen Formen der Beteiligung entsprechend auch in ein Gesamtkonzept bringt, also genau das, was du hier möchtest, ist das Ergebnis der öffentlichen Beiratssitzung des BürgerInnenbeirates, den, und da kann ich mich noch erinnern, die SPÖ wortreich von Karl-Heinz Herper angeführt ja in der Form gar nie zugelassen hätte, weil die SPÖ war, wie Stadtrat Rüschi „Zeit für Graz“ vorgestellt hat, dagegen, dass man diese Form der Bürgerbeteiligung einführt, weil wir haben eh die Bezirke, wir brauchen nichts anderes. Und da kann ich mich auch noch gut erinnern, dass du das Ganze mit scharfen Worten abgelehnt hast, dass wir in diese Richtung überhaupt

vorgehen, heute bist du ein Verfechter, ich sage gut so, dass wir diesen Prozess jetzt doch entsprechend auch weiterführen, nur, wie gesagt, es würde das gar nicht geben, wenn es nach euch gegangen wäre. Das Zweite ist die Sorge, dass die ÖVP BürgerInnenbefragung, die zurzeit läuft, irgendjemandem in den falschen Hals kommt, dass die Leute sich nicht auskennen. Wenn die Bürger das nicht interessiert, werden sie nicht teilnehmen, werden sie das wegwerfen. Wir glauben, und es waren in den meisten Zeitungen eher sehr positive Rückmeldungen der Menschen, dass sie sehr wohl gefragt werden wollen und wenn euch das nervös macht, dass die Menschen mit uns gerne kommunizieren, ich meine, wir werden auch in Zukunft uns erlauben, als ÖVP gewisse Fragen und auch an die Menschen Fragen zu richten, ohne euch das vorher kundzutun oder euch zu fragen, was dürfen wir fragen, wie dürfen wir unsere Werbung auch an die Haushalte bringen, wie dürfen wir die Leute...das werden wir einfach machen, weil es die Menschen wollen und es ist zu den meisten gekommen und es war immer klar, dass wir uns eben an den Rechtsstaat halten und es war klar, dass wir nicht ein Adressmaterial verwenden, auf das wir vielleicht Zugriff gehabt hätten, weil das wäre Unrecht gewesen. Also kann ich nur an einen Haushalt schicken und das ist in der Form die einzige Möglichkeit, daher ist es natürlich keine, wie wir festgelegt haben, dankenswerterweise mit der SPÖ, nur alle anderen Fraktionen waren ja überhaupt dagegen, dass wir ein neues Bürgerbeteiligungsmodell in Graz installieren, die wollen das ja auch. In Richtung KPÖ, ich meine, ihr habt ja nicht zugestimmt, dass wir ein neues Modell finden, weil das Volksrechtesgesetz, das ist bekannt, eine Abstimmung am Sonntag, mit dem Ausweis dorthin gehen müssen, kostet trotz allem 740.000 Euro und es ist ein Modell, das die Menschen in dieser Form nicht mehr annehmen, weil die Leute wollen möglichst einfach ihre Stimme abgeben können und das haben wir gemeinsam, danke auch Karl-Heinz Herper, mit der SPÖ so implementiert. Die Redezeit ist aus, es liegt mir auf der Zunge, weil der Mariacher so gerne da hier eine Kameraübertragung hätte, ich werde jetzt schauen, ich werde sicher einen Sponsor finden für eine Helmkamera, die kriegst du dann, die kannst du anschließen an deinen PC, du tust eh gerne am PC unterwegs sein und dann kannst du deine Übertragung von der

Gemeinderatssitzung machen und dann können alle mitschauen, die eigene Wortmeldung, da musst es halt da raufstellen inzwischen, damit du dann auch richtig im Bild bist. Jedenfalls werden wir auch in Zukunft uns erlauben, die Menschen entsprechend mithineinzunehmen, wenn es um Themen geht, die wir glauben, die die Menschen bewegen, ob sie jetzt Graz direkt betreffen oder ob sie die Menschen in Graz durch übergeordnete Ebenen betreffen und ich danke im Vorfeld dafür, dass inzwischen jetzt alle dieser Meinung sind, ich sage, das war in den letzten Tagen nicht immer so in den Zeitungen, wir werden der Dringlichkeit allerdings, da bereits alles im Laufen ist, nicht zustimmen, aber dem Inhalt können wir durchaus folgen, das ist alles genauso am Weg, wie du es gerne hättest, Karl-Heinz (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Also immer, wenn ich höre, es ist eh schon alles im Laufen, es ist eh schon alles im Fluss, dann denke ich mir, was ist im Laufen, was ist im Fluss und was rennt...

Zwischenruf GR. Rajakovics: *Du bist doch im Kontakt mit dem Herrn Berger.*

GR. **Herper**: Ich bin in dauerndem Kontakt mit dem Herrn Berger und mit der Frau Steffen usw., mit vielen AktivbürgerInnen und die bekunden mir per Mail, per Telefon, per SMS, dass dem nicht so ist, was du vollmundig zugesagt hast. Aber, Herr Bürgermeister, ich bin zumindest, es könnte trotz begonnenem Wahlkampf ein Jahr vor der beginnenden Wahl könnte es eine Sternstunde sein, dass man nämlich konkret, objektiv und gut und auf hohem Niveau über BürgerInnenbeteiligung redet

und über demokratische weitere Vorstöße und zu neuen Ufern uns vorwagen. Ich hätte mir auch gewünscht im vorigen Jahr, Herr Bürgermeister, lieber Sigi, dass du es doch gewagt hättest, eine BürgerInnenumfrage auf Grazer Ebene mit Pro und Kontra und mit objektiven Fakten und Daten, mit Vorbereitung für die Bürgerinnen und Bürger, mit Datenschutz, mit rechtlicher Absicherung vorzunehmen, das hätte ich mir gewünscht, ist aber so nicht gekommen, da hat dich der Mut verlassen. Jetzt haben wir eine Parteiumfrage mit allem Drum und Dran, wie die Medien berichten. Ich kann nur das wiedergeben, was kolportiert wird und was mir zugesandt oder übermittelt oder was ich lese, wohin wo verschickt wird, wie mit Codes umgegangen wird, wo an welchen Kreuzungen was liegt, welche unter Anführungszeichen „Schönegger-Kinderkrankheiten“ es existieren, aber wir hätten es leichter haben können, wenn wir es gewagt hätten, auf Grazer Ebene als Stadt es zu tun und nicht als Partei mit allen Nachteiligkeiten und mit allen Wahlkampfblasen, die damit zurande kommen. Ich sage auch ganz selbstkritisch als Klubobmann, der ich durch die Jahre verschiedene Positionen eingenommen habe, gar keine Frage, auch ich kann dazulernen, auch wir können dazulernen und diese selbstkritische Position habe ich natürlich, gebe ich gerne zu, auch aufgrund der Wortmeldungen von der Lisa, von der Ina und vielen anderen. Natürlich nehme ich das gerne zur Kenntnis, aber ich bin froh, dass wir vielleicht gemeinsam jetzt an einem Strang ziehen könnten trotz alledem, trotz Wahlkampf, dass wir es wirklich wagen mehr BürgerInnenbeteiligung auf Bezirksebene, auf Gemeindeebene und mehr Demokratie zu wagen, das wünsche ich mir noch für dieses Jahr, wenn das möglich wäre und diese Entscheidung heute der Gemeinderat trifft. Danke für die mögliche Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Grosz** zum Antrag: Hoher Gemeinderat! Die Überraschung oder Nicht-Überraschung, es ist ja, glaube ich, so, dass die meisten Gemeinderatsparteien zumindest die direkte Demokratie ja nicht ablehnen und zumindest die meisten Gemeinderatsparteien auch Befragungen welcher Art auch immer unterstützen. Das was nur viele überrascht hat, dass es die Grazer Volkspartei macht. Jetzt habt ihr die letzten vier Jahre auf die Sorgen und Anliegen der Grazerinnen und Grazer gepfiffen, volkstümlich gesagt, und ein Jahr vor der Wahl kommt halt drauf, vielleicht dass man die Grazerinnen und Grazer braucht und einmal hört, weil zufälligerweise Wahlen sind. Ich persönlich habe vor zwei Tagen mich an der Parteiumfrage Nagl beteiligt, habe den Code zugeschickt bekommen, habe mich ins Internet eingelinkt und habe mich selbstverständlich daran beteiligt, weil ich das wunderbar empfinde, dass der steirische BZÖ-Obmann sich an einer Parteiumfrage der Volkspartei beteiligen kann. Bisher war's so, dass die Volkspartei Umfrageinstitute gekauft hat um 20.000 Euro, dann gleich im Vorfeld jene Prozentdaten, die sie gerne gesehen hat im Umfrageinstitut nachgeliefert hat und dann ist das halt ein paar Tage später in der Zeitung erschienen unter Ifas, Ifaz oder was auch immer, also hat ja nicht Doktor Professor Kirschhofer Imas oder mit qualitativ hochwertigen Umfrageinstituten zu tun. Gott sei Dank nimmt jetzt die ÖVP nicht 80.000 Euro, sondern wahrscheinlich 180.000 Euro, wenn ich mir alleine die Druckstrecken anschau, in die Hand und befragt die Bevölkerung. An sich nichts Ungewöhnliches, zutiefst unterstützenswert, na komplett, endlich kommt ihr drauf, dass es in Graz Bürgerinnen und Bürger gibt, deren Anliegen beantwortet werden müssen, endlich kommt ihr drauf, dass tausende Anfragen im Grazer Bürgermeisteramt in Zukunft auch eine Antwort durch den Bürgermeister finden. Dass die Menschen nicht unter der Türe zum Bürgermeister durchkriechen müssen oder überhaupt jahrelang mit ihren Anliegen keinen Termin bekommen, sondern, dass ihr euch, wenn der A... auf Grundeis geht, neun Monate vor der Wahl, auch volkstümlich gesagt, die Interessen der Bürger euch auch interessieren, das ist gut so, das findet die Unterstützung und selbstverständlich auch meine Unterstützung, weil auf dem Genesungsprozess einer Partei muss man auch hilfreich sein, das ist keine Frage. Das, was natürlich jetzt kommt ist, dass nächste

Woche die ersten Umfragedaten kommen, dann kommt halt in zwei Monaten die zweite Befragungswelle, wie ich höre, und dann irgendwann die dritte Befragungswelle, ist ja auch nichts Ungewöhnliches. Ich ersuche Sie nur eindringlich um etwas, dass zwischen der ersten Befragungswelle und der zweiten Befragungswelle die Ergebnisse dieser Parteiumfrage, vulgo Volksbefragung, dass Sie drangehen, diese auch umzusetzen. Das schlimmste, was man einer direkten Demokratie in diesem Land antun kann, und da appelliere ich an Sie, die Sie Hoffnungen von Bürgerinnen und Bürgern wecken, eine Parteiumfrage als Volksbefragung zu titulieren. Dann die Bevölkerung zu befragen und dann die Bevölkerung ausrutschen zu lassen, denn das ist ein Schaden für die Demokratie im Allgemeinen, weil die Bürgerinnen und Bürger dann irgendwann zu Recht sagen, man kann tun und machen was man will, es ändert sich sowieso nichts. Nachdem Sie dieses Instrument Parteiumfrage mit viel Geld Ihrer Druckstrecken jetzt als Volksbefragung verkaufen, appelliere ich an Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, dieses Ergebnis vorsichtig in Ihren Händen zu behalten, ich unterstütze Sie dabei auch bei der Umsetzung der Ergebnisse, dass Sie die Menschen nicht enttäuschen, die jetzt vielleicht zu 40.000, 80.000 oder 100.000 Menschen an Ihrer Umfrage teilnehmen, das wäre ein Irrsinn, der uns allen schadet und im Allgemeinen der Demokratie und dem Instrument, Volksbefragung, Volksabstimmung und sonstiger Instrumente die die österreichische Bundesverfassung im Übrigen auch zulässt. Das ist ein Gesamtschaden, das würden wir nicht unterstützen. Es freut mich auch, dass die Sozialdemokratie mit ihrem Antrag, wir stimmen ihm auch zu, auch diesen Genesungsprozess auf diesem Kriegsfuß der direkten Demokratie durchmacht, es gibt ja zwei Überraschungen, die ÖVP und die SPÖ kommen jetzt drauf, dass man vielleicht wenige Monate vor der Wahl den Wähler brauchen könnte. Wir unterstützen sie auch darin, deswegen stimmen wir auch dem dringlichen Antrag zu, auch dem Inhalt gerne, wir sind wie eine homöopathische Apotheke für Sie und Ihr Demokratieverständnis der letzten Jahre und Jahrzehnte, wo sich...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: *Du bist der einzig Gesunde, alle anderen sind krank.*

GR. **Grosz:** ...die Demokratie in diesem Land, in dieser Stadt immer mit Füßen getreten haben, wenn es darum gegangen ist, Bürgerinitiativen zu machen, mit Füßen getreten. Wenn es darum gegangen ist, zu Hochwasseropfern zu gehen, ist man mit Polizeischutz hingegangen, weil man sich nicht mehr unter die Bevölkerung trauen konnte, mit dieser mieselsüchtigen Politik. Daher sage ich, wir unterstützen Sie bei allen Formulierungen, bei allen Forderungen der direkten Demokratie, aber ersuchen Sie in beiden Fällen, dass was Anständiges am Schluss herauskommt.

GRin. **Binder:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe ÖVP, was ich eigentlich jetzt nicht verstanden habe, ist euer Abstimmungsverhalten gewesen, denn einerseits hat unser Kollege Karl-Heinz Herper einen Antrag am 25. Juni 2009 eingebracht, dem zu Mehr Demokratie wagen, wobei das Wagen, wir brauchen nichts wagen, die Bevölkerung fordert es eh vehement ein, wir müssen es tun und zu diesem Antrag hat der liebe Herr Klubobmann Piffl-Percevic folgenden Antrag gestellt: Ich stelle einen Abänderungsantrag, sagt er, namens seiner Fraktion, nämlich, dass die Magistratsabteilung – Präsidialamt einen Informationsbericht erstellen soll, damit wir eine Grundlage haben für die Diskussion, was alles legislativ möglich ist usw. und dann kann man auch eine Konferenz einberufen und danke sagt er, bis Oktober hätte er gerne, und das wäre 2009, hätte er gerne einen Bericht gehabt, gut, kann man sagen, ok, der Bericht ist nicht gekommen 2009, auch nicht 2010 und 2011 auch nicht, aber dass ihr jetzt einem Demokratieantrag von der SPÖ, so kritisch man das auch sehen kann, nicht zustimmt, dieses Rätsel wirst du...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Du kannst es nicht erwarten.

GRin. **Binder:** Nein, das will ich von dir hören ...dieses Rätsel wirst du mir, glaube ich, lösen in einem anderen Gespräch. Ja, was die ÖVP parteiintern macht, da könnte man natürlich sagen, ja ist eh ihre Geschichte, mich würde zum Beispiel auch interessieren, wo das ganze Geld herkommt, aber wird man mir auch nicht erklären...

Zwischenruf GR. Grosz: Telekom.

GRin. **Binder:** ...ich werde jetzt ein bisschen länger brauchen, wird man mir auch nicht erklären und es gibt keinen Schaden, wo vielleicht nicht auch ein bisschen Nutzen dabei ist, nämlich der Nutzen ist diese Diskussion und der Nutzen wird sein, dass wir die partizipative Demokratie, wie die SPÖ sie einbringt, eben nicht mehr so locker vom Tisch wischen kann, auch wenn die ÖVP heute noch nicht bereit war und noch nicht fähig war, dem zuzustimmen. Denn eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich schon sagen, Herr Bürgermeister hat heute gesagt, es gibt so ein Auseinanderdriften von Bevölkerung und MandatarInnen. Aber, Herr Bürgermeister, Sie meinen nicht wirklich, dass Ihre Umfrage dieses Auseinanderdriften verhindert, ein weiteres Auseinanderdriften, Sie werden sicherlich nicht uns erklären wollen, dass das jetzt wirklich das Nonplusultra jeder demokratiepolitischen Überlegung ist. Weil das könnte niemand von uns Ihnen glauben. Aber als Partei sollen Sie es tun, das ist auch ihr Recht dazu, nur mehrmals ist hingewiesen worden und ich möchte das bestärken, die Bewegungen von unten sind unüberhörbar seit einigen Jahren und Graz, und auf das könnten wir eigentlich total stolz sein, Graz ist, war und ist immer

eine Stadt von enormem Potential, was Bürgerinitiativen betrifft, leider sind nur diese Bürgerinitiativen immer viel zu wenig gehört und ernst genommen worden. Nicht nur jetzt, sondern auch die Jahre davor und dieses Potential, das es da gibt, und ich zitiere einen Begriff, der mir so gut gefällt, das ist, da hat sich kollektive Intelligenz entwickelt, die nicht abgeholt wird von der Politik. Ja ich habe gesagt, ich brauche jetzt ein bisschen länger und sonst melde ich mich halt ein zweites Mal zu Wort. Diese kollektive Intelligenz wird in Sonntagsreden beschworen und da sind wir stolz auf unsere Menschen, die ehrenamtlich so viele, viele Stunden etwas leisten für diese Stadt, aber auch nur in den Sonntagsreden und das bitte ist mehr Schaden, als je das Nutzen bringen könnte, denn Menschen wollen in ihrer Mündigkeit ernst genommen werden und die repräsentative Demokratie, die unheimlich wichtig war, die viel Nutzen gebracht hat, wird jetzt, wenn wir nicht zuhören, was diese Bewegungen von unten und aus der Mitte der Gesellschaft wollen, wenn wir diese Bewegungen nicht ernst nehmen, wird genau die repräsentative Demokratie zum Problem und zum Teil ist sie zum Problem geworden und das scheint auch meinem lieben Kollegen...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Wann warst du bei der Beiratssitzung?

GRin. **Binder:** Keine Bange, ich bin dort, wo du nicht bist, mein Lieber, du hast...

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

GRin. **Binder**: Mein lieber Kollege Rajakovics, nicht überall, wo du bist, müssen auch alle anderen sein. Ich...

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, bitte die Redezeit beachten.

GRin. **Binder**: Ich melde mich noch einmal zu Wort, weil das, was ich noch sagen will, das kann ich jetzt in dieser Kürze nicht sagen, nur Herr Rajakovics, du kannst herausbrüllen, wie du willst, es gibt viele Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen, wo du nicht dabei bist, wo sich die Menschen auch fragen, wo ist die ÖVP? Als Vertreterin der grünen Partei wird das niemand wundern, und die Frau Vizebürgermeisterin hat das auch sehr deutlich gesagt, wir sind aus Bürgerbewegungen herausgekommen und die Frau Vizebürgermeisterin hat....

Zwischenrufe unverständlich.

GRin. **Binder**: Horchen Sie nur zu einmal, die Frau Vizebürgermeisterin...

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, wir...

GRin. **Binder**: Diesen Satz sage ich fertig. Ihren Demokratiebegriff, da habe ich Angst davor, Herr Mariacher, aber die Frau Vizebürgermeisterin hat BürgerInnenbeteiligung zum Leitmotiv ihrer Politik gemacht, denn sie hat viele, viele Projekte, Annenstraßen-Projekt, Wohnstraßenprojekte, ja, lieber Herr Herper, Klubobmann, rede einmal mit deinen Leuten, die halten nämlich gar nicht von BürgerInnenbeteiligung, der Herr Eichberger brüllt, wenn er das hört...

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, der Satz hat sehr viele Beistriche...

GRin. **Binder**: Ich melde mich ein zweites Mal zu Wort.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt haben Sie zwei Perioden, sie haben doppelt geredet (*Applaus ÖVP*). Frau Gemeinderätin, Sie haben exakt die zweite Redezeit aufgebraucht. Frau Gemeinderätin, Sie haben jetzt zwei Mal vier Minuten gesprochen, die meisten, die überziehen, überziehen ein bis zwei Minuten.

Zwischenruf GR. Grosz: Binder nimmt Gesek-Redezeit dazu.

Zwischenruf GR. Schröck: Wir wollen die Frau Binder hören.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich mich zu diesem Thema auch zu Wort melden, es wäre mir ein Anliegen, Ihnen auf diese vielen Dinge auch aus meiner Sicht ein paar Antworten zu geben beziehungsweise auch ein paar Ideen einzubringen. Vor vielen, vielen Jahren hat mir einmal ein verdienter Politiker aus der Steiermark gesagt: "Und wenn sich alle aufregen, wenn es richtig laut wird, wenn alle dagegen sind, dann bist du auf dem richtigen Weg" (*Applaus ÖVP*). Wenn ich heute Ihnen so zuhöre und euch zuhöre, habe ich das Gefühl, das oberste Ziel ist erreicht, nämlich dass wir das Thema Bürgerbeteiligung so intensiv diskutieren, wie wir es jetzt diskutieren und ich werde ein bisschen später darauf eingehen, wie wir es zum Teil da herinnen schon diskutiert haben. Ich möchte auch ganz klar dazusagen, weil dann kommt ja ab und zu, Herr Bürgermeister, du hast da was versprochen, du sollst das halten. Ich habe es zustande gebracht, gegen den Willen von vier Fraktionen mit Unterstützung der Sozialdemokratie das Instrument der BürgerInnenumfrage einmal in unserem Statut beziehungsweise in unserer Geschäftsordnung einmal zu verankern, aber wir sind noch immer weit weg, Bürgerbeteiligung in all seinen Facetten so zu leben, dass die Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politikern sich verringert. Sie ist groß genug und wenn heute ein Franzose im Alter von über 90 Jahren Bücher schreibt, die alle am Markt nur so wegkaufen, wo das Thema „Empört euch“ etc., zum Schluss kommt man ja fast noch zum arabischen Frühling und kann sagen, erhebt euch. Wenn man das verhindern will und wenn man wieder einen Beitrag leisten will, dass Politik und Bevölkerung vielleicht wieder einmal gemeinsam einen Weg gehen und dass wir nicht so unterwegs sind, wie wir jetzt unterwegs sind, um die Fragen der Zukunft zu lösen, dann muss man Bürgerbeteiligung wirklich ernst nehmen in all ihren Facetten. Es gibt einmal eine direkte Demokratie und das sei vor allem auch dir mitgeteilt, der du immer wieder sagst, der eine oder andere kriegt bei mir keinen Termin. Es ist schön, dass so viele Menschen Woche für Woche, Jahr für Jahr und Tag

für Tag zu mir wollen, dass ich nicht einmal alle Termine machen kann, und die direkte Demokratie besteht auch darin, dass Mandatarinnen und Mandatare gewählt werden und ich bin mit meiner Volkspartei nicht nur einmal zur stärksten Fraktion gewählt worden, sondern jetzt schon zweimal und ich strebe an, dass wir das auch ein drittes Mal schaffen (*Applaus ÖVP*), weil wir für die Bürgerinnen und Bürger da sind. Und jetzt gehen wir es einmal ganz schnell durch, was gibt es denn für Bürgerbeteiligungsmodelle? Die Bezirksdemokratie, die wir in Graz leben, die in anderen Städten gar nicht da ist, kollektiv wird abgeholt, auch hier kann ich nur sagen, mit Ausnahme eines Bezirksvorsteher, dem Otto Trafella im Lend, dem ich es vergönne, weil der lebt auch die direkte Demokratie, haben alle anderen Bezirke dafür gestimmt, dass Mandatarinnen und Mandatare der Volkspartei vorne liegen und dass sie die Hauptverantwortung tragen, das ist ein ganz, ganz wichtiger Teil, den wir als ÖVP hier einbringen (*Applaus ÖVP*). Die dritte Geschichte ist mir besonders wichtig. Wir haben in Graz so viele Beiräte, viele davon haben wir eingeführt und da darf ich einmal einladen viele Mandatarinnen und Mandatare, so oft und so regelmäßig und so pünktlich und so lange bei den Beiratssitzungen zu bleiben, wie wir das von Seiten der Volkspartei tun, die meisten sind nicht einmal anwesend und wenn sie vorbeischaun, sage ich, um eine Wortspende abzugeben und gehen wieder, auch das ist direkte Demokratie (*Applaus ÖVP*). Darüber hinaus, und da täuscht sich so mancher Redner, wenn er sagt, die ÖVP hat da keinen Zugang. In dieser Landeshauptstadt Graz hat es einen Mann gegeben, der heute, wenn du fragst, welche Bürgermeister waren da, obwohl er nie Bürgermeister war, von allen auch genannt wird, das ist Erich Edegger, weil er die direkte Demokratie in dieser Stadt wirklich gut eingeführt hat (*Applaus ÖVP*), weil es einen Gerhard Rüschi gibt, der in den letzten Jahren mit Hohn und Spott hier herinnen bedacht wurde, weil er sich erlaubt hat, ein Produkt aus der Schweiz, aus Basel hier einzuführen, damit einmal tausend Menschen in der Stadt über unsere Zukunft nachdenken. Aus diesem „Zeit für Graz“ haben sich jetzt schon tolle Projekte entwickelt, da sind hervorragende Persönlichkeiten drinnen, die gesagt haben, wir bleiben nicht nur am Thema dran, sondern wir bleiben auch am Thema direkter Demokratie dran und ich weiß nicht, ob

heute jetzt jemand da ist, aber das ist mir der wichtigste Punkt. Wir haben beschlossen, und das hast du quasi mitgeschrieben, das ist eh schon gesagt worden, lieber Karl-Heinz Herper, du warst eh dort, wir haben beschlossen, dass es diese Leitlinien gibt, und diese Leitlinien für Bürgerbeteiligung gehen viel weiter als das Befragungsmodul, zu dem komme ich auch gleich. Und jetzt werde ich noch ganz, ganz schnell, wir leben es bei Projekten, die Annenstraße, was hat der Walter Ferk damals versucht, die Annenstraße zu verändern, drei Tage hat es funktioniert, dann war Revolution, die Tafeln hat er selber mitabmontiert, weil wir in der Annenstraße damals nicht so ein Modell (Applaus ÖVP) mit Bürgerpartizipation gelebt haben.

Zwischenruf GR. Eichberger: Warten wir ab, bis es fertig ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also, jetzt freut es mich einmal, dass ich mein Versprechen gehalten habe und die Menschen befragt habe. Ich freue mich, dass es jetzt viele gibt, für die es auf einmal dringlich wird. Lieber Karl-Heinz Herper, aber irgendwie stehst du schon manchmal am Bahnhof und winkst einem Zug nach, da fährt nämlich schon längst ein Zug und ich kann dir versprechen, bei der Einladung jetzt an die Bürgerinnen und Bürger, die wir als Volkspartei und ich als Siegfried Nagl gemacht haben, werden mehr Menschen antworten und teilnehmen als die Sozialdemokratie bei der letzten Wahl an Stimmen bekommen hat, das traue ich mich heute schon sagen (*Applaus ÖVP*). Ich habe eingeladen nicht nur einen zweimaligen Bundespräsidenten aus der Schweiz, er war der Vorsitzende der Sozialdemokratie in der Schweiz, der Mann ist gekommen und hat mich bestärkt, ich soll auf diesem Weg draufbleiben, ganz egal, wie viele Menschen hier mit dabei sind, weil das längst gelebt werden kann.

Zwischenruf GR. Baumann: Nein, das hat er nicht gesagt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das hat er zu mir gesagt, wir sollen draufbleiben und ich werde draufbleiben auf diesem Thema, er hat viel Gescheites gesagt und er ist zu uns als Volkspartei gekommen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Baumann: Öffentlich hat er was anderes gesagt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt aus meiner Sicht heute in Wortmeldungen von euch sogar einige Unterstellungen, nämlich die Unterstellungen, dass man sagt, die Menschen werden in die Irre geführt, sie werden getäuscht. Ich glaube, dass die Menschen in Graz nicht so dumm sind, wie sie da manche vielleicht halten mögen. Mir haben die Menschen jetzt schon bewiesen, unsere Hotline geht über, ich kann nur sagen, einfach einmal in diesen direkten Kontakt mit den Menschen treten, ich kann nur sagen, die Menschen haben sehr wohl mitbekommen, auch allein schon des Aufschreis von Ihnen und von euch wegen, dass es eine klare Geschichte der Volkspartei ist, es steht überall drauf und ich habe es den Menschen gesagt, weil wir sonst keinen Schritt weiterkommen, wir gehen da voran (*Applaus ÖVP*). Liebe grünen Fraktionsmitglieder, in der letzten BürgerInnenbeteiligungsdiskussion, wo wir die BürgerInnenumfrage beschlossen haben, haben die Grünen hier herinnen gesagt, das Volksrechtegesetz reicht aus. Ich sage euch, das Volksrechtegesetz gehört endlich erneuert und zwar bestmöglich, gleich für eines in ganz Österreich endlich auf die Beine gestellt, wir müssen doch endlich einmal aufhören, dass da am Sonntag mit einem Ausweis wegen einer Frage bei jedem Wetter hinaus musst, wenn es diese

neuen Technologien gibt. Mittlerweile fragen bei mir andere Städte und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister schon an, ob sie dieses System haben können, das wird Schule machen (*Applaus ÖVP*), wir haben in Graz damit Geschichte geschrieben und selbst die Schweizer interessieren sich für unser geschütztes Modell. Warum gibt es denn diese Aufregung, was tun wir denn eigentlich, wir befragen Menschen einfach, wie die Zukunft, die sie unmittelbar umgibt, gestaltet werden soll. Wir fragen Menschen auch, wie ihre Meinung ist zu sozialpolitischen und anderen...

Zwischenruf GRin. Binder: Sie sagen nicht, wie es weitergehen soll.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist relativ einfach, habe ich gesagt, o ja, wir halten uns einmal daran, weil kein Gesamtkonvent in der Politik bis heute möglich ist. Eines Tages wird es kommen, aber ich sage auch etwas dazu, weil wir eh auch unserem BürgerInnenbeirat versprochen haben, mit ihnen die Leitlinien zu entwickeln. Lieber Karl-Heinz Herper, es wird ja da herinnen oft gedichtet, heute möchte ich es auch tun, mir ist heute etwas eingefallen: „Wenn ich nicht mehr weiterweiß, bilde ich einen Arbeitskreis und wenn der Hut erst richtig brennt, dann brauche ich einen Konvent.“ In diesem Sinne beschließt das gerne, setzt euch zusammen, setzen wir uns zusammen, aber der Weg ist der richtige. Bürgerbeteiligung in seiner Gesamtheit zu sehen und das Modul der Befragung endlich zeitgemäß zu verändern. Mehr habe ich nicht getan, es ist wunderbar, dass sich jetzt so viele plötzlich dringlich drum kümmern wollen, die ÖVP geht in der Dringlichkeit mit, weil wir es besprechen wollen, aber wir gehen im Inhalt nicht mit, weil das sowieso aus unserer Sicht stattfindet mit dem BürgerInnenbeirat. Inhaltlich können wir euch folgen, wir können uns gerne zusammensetzen, was da herauskommt, ich war beim Konvent Österreich dabei, wie es darum gegangen ist, eine neue Verfassung zustande zu bringen. Na da

wünsche ich euch viel Spaß, wir haben eine BürgerInnenumfrage, die kann man auch jederzeit, wenn ich sie will, aktivieren, aber da gibt es halt viele, die es nicht mitgetragen haben (*Applaus ÖVP*).

GR. Herper: Herr Bürgermeister, jetzt bin ich aber baff, jetzt habe ich den Eindruck gehabt, das Imperium schlägt zurück. Du hast dich jetzt nicht, können wir gemeinsam noch debattieren? Thomas, ich bitte um Verständnis. Also jetzt habe ich den Leu gereizt, den Sigi-Leu, er hat sich als Wahlkämpfer hervorgetan, als ÖVP-Wahlkämpfer, du hast jetzt nicht als Bürgermeister gesprochen, weil deine Ausführungen waren sozusagen, wir sind die Stadt, wir ÖVP, VP c'est moi, wir machen alles, wir machen alles richtig, wir machen alles noch viel besser und allein glaubt uns, wir kündigen jetzt schon den nächsten Wahlerfolg an. Ich kann jetzt prognostizieren vielleicht, in einer Glaskugel lesen, wie das ausgehen wird, also ich schätze 49 % oder 51 % wird es wahrscheinlich Zustimmung geben für eure ÖVP-Umfrage, über 60 % wird es zu der Themenstellung eine Zustimmung geben, ich kann das alles prognostizieren. Vielleicht wird das auch alles so eintreten, so wie ich dir zugehört habe, ist es ein Zustand, der mir ein bisschen mangelt an Demut, weil auch die ÖVP, auch wenn sie zweimal gewonnen hat, steht auf den Schultern von Vorgängerinnen und Vorgängern.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Hat er genannt.

GR. Herper: Also vieles, was man an demokratischen Einrichtungen haben in dieser Stadt, ist aus der Ära auch Stingl, Strobl, muss man auch anerkennen, man sollte dem,

Edegger hat er angeführt, aber ich meine man sollte die Breite nicht verlassen und nicht sagen, wir ÖVP-Partei, ein Teil kann nicht für alle sprechen und deswegen plädiere ich dafür, dass wir doch gemeinsam vorgehen, dass wir gemeinsam alle Fraktionen einbinden und dass wir eine gemeinsame Vorgehensweise finden. Du hast den Stephane Hessel erwähnt, da war von er Lisa ein tolles Begrüßungswort an den Stephane Hessel, der ja nicht nur das Buch „Empört euch“ geschrieben hat, sondern auch „Engagiert euch“ und Engagieren heißt sozusagen, ich bitte die ÖVP, auch sich zu engagieren an meinem Antrag, aber ich meine dies auch, nachdem angesprochen wurde vieles von der Sigi Binder, was an BürgerInnenbewegungen ist hier in Graz und eine große Tradition hat. Wir sollten das nicht gering schätzen und das nur auf eine Parteimühle das Wasser leiten, sondern wir sollten gemeinsam in dieser Stadt, alle Fraktionen, alle Parteien an einem Strang ziehen und um das ersuche ich und deswegen ersuche ich auch Zustimmung für den Antrag (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Karl-Heinz, falls du es nicht gehört haben solltest, da waren ja massive Anschuldigungen, dass die Volkspartei nicht die Nähe des Bürgers sucht in der Vergangenheit und das musste ich einmal richtigstellen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 16.35 Uhr den Vorsitz

4) Aufruf an Energieversorgungsunternehmen: keine Heizungsabschaltungen in der Kälteperiode

GRin. **Schloffer** stellt namens von SPÖ und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Schloffer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist uns warm geworden da herinnen nach so einer hitzigen Debatte. Wir haben es warm und zwar vor der Debatte schon warm, wir haben da herinnen lauschige Temperaturen, da müssen wir sogar aufpassen, dass wir nicht einschlafen dabei, wenn es uns zu fad wird herinnen. Ich habe am Dienstag eine Dame getroffen, ich frage: „Andrea, wie geht es dir denn. Ja was soll ich bei 17 Grad in der Wohnung, ich habe es nicht wärmer.“ Sie heizt mit Stromheizkörper, sie hat nur einen eingeschaltet, weil wenn sie dann rausgeht zur Uhr und schaut, wie sich die Zähler rotieren und sie rechnet, das kostet an einem Tag so viel, das multipliziert und dann wartet am Jahresende auf die Stromabrechnung, die sie sich dann nicht leisten kann, dann sitzt sie bei 17 Grad in der Wohnung und das geht nicht nur meiner Bekannten Andrea so, sondern sehr vielen anderen Grazer Bürgerinnen und Bürgern. Daher möchte ich heute einen Aufruf starten, einen Aufruf an die Energieversorgungsunternehmen, keine Heizungsabschaltungen in dieser Kälteperiode, die wir zurzeit haben. Und diese trifft alle Menschen mit sozialen Problemen besonders schwer. Ohne die große Hilfsbereitschaft zahlreicher Einrichtungen und auch von Einzelpersonen hätten sich sicherlich auch schon bei uns Opfer gemeldet.

Es gibt die sichtbare Not der Obdachlosen. Darüber hinaus kommt es aber auch in der andauernden Kältewelle in Graz zu Abschaltungen von elektrischem Strom, Gas oder Fernwärme bei Kunden, die mit ihren Rechnungen in einem starken Rückstand jetzt schon sind.

Die Stadt Graz als Miteigentümerin der Energie Graz hat hier eine große Verantwortung. Oft sind es finanzielle Probleme, die die Ursache für solche

Abschaltungen darstellen. In solchen Kälteperioden darf man aber nicht mit Abschaltungen der Energieversorgung arbeiten, niemand darf bei den jetzigen Extremtemperaturen unter der Kälte leiden oder zu Schaden kommen.

Wichtig wäre, dass die Energieversorgungsunternehmen ein „Frühwarnsystem“ einrichten und den Kontakt mit den Sozialämtern aufnehmen, weil viele Betroffene solche Situationen nicht mehr eigenständig bewältigen können, diesen möchten wir helfen. Dieses Problem muss längerfristig gelöst werden.

In der aktuellen Situation ist aber rasches Handeln notwendig.

Deshalb stelle ich im Namen von SPÖ und KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert an alle Energieversorgungsunternehmen, insbesondere an die Energie Graz, während der Kältewelle Strom, Gas und Fernwärme in finanziell schlechter gestellten Haushalten bei einem bestehenden Zahlungsrückstand nicht abzuschalten. Ich bitte um Ihre breite Unterstützung und Annahme des dringlichen Antrages (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: Ja, es ist eindeutig ein wichtiges Thema, eine wichtige Sache, wir haben ein kleines Problem mit der Dringlichkeit, weil wir da schon vorgearbeitet haben. Es gibt bereits Gespräche mit den Energieträgern, mit der Energie Graz, genau in diesem Zusammenhang und eigentlich sollte das bereits funktionieren, wir gehen davon aus, dass es funktioniert, dass in Zeiten dieser extremen Kälte jetzt natürlich keine Abschaltung von der Energie stattfindet, es wäre auch unzumutbar, man muss die Dinge natürlich langfristig regeln, es kann nicht sein,

dass gewisse Leute das nicht bezahlen auf Dauer, das ist, glaube ich, nicht der Sinn vom Antrag, aber es kann nicht sein, dass in dieser Kältewelle jetzt abgeschaltet wird, das ist einfach nicht verantwortbar und genau darüber haben bereits Gespräche stattgefunden. Genau das ist bereits umgesetzt und deswegen sehen wir es als sehr wichtigen Antrag, wollen aber der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil eben das schon erledigt ist und wir werden deswegen der Dringlichkeit nicht zustimmen, obwohl das natürlich voll unterstützenswert ist und auch umzusetzen ist.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Antragstellerin! Wir werden dem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Dringlichkeit ist klar, wir wollen da keine formalen Grundsätze verletzen, weil wenn es jetzt draußen minus 14 Grad hat, dann es ist, glaube ich, sehr wohl dringlich. Dem Inhalt werden wir auch zustimmen, weil wir einfach glauben, dass es doch sehr viele Menschen gibt, und ich muss sagen, ich war ein bisschen erschüttert, wie ich jetzt die Bilder zum Beispiel von Griechenland gesehen habe, dass es dort, ich war nur zweimal dort, aber wo ich eben geglaubt habe, denen geht es auch relativ gut, wo es soweit ist, dass man Kindern schon in den Schulen Gutscheine austeilen muss, weil sie hungrig sind. Also ich möchte auf keinen Fall haben, dass es so weit in Graz kommt und darf Ihnen auch sehr herzlich zu diesem Antrag einmal gratulieren, weil wie man sieht, eine der wenigen Anträge, der aus meiner Sicht Hand und Fuß haben, deswegen werden wir auch dem Inhalt sehr gerne zustimmen (*Applaus KPÖ und FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Liebe Antragstellerin! Das ist ein ganz, ganz wichtiges Thema, keine Frage. Kollege Wohlfahrt hat es ja schon angesprochen. Wir wissen, dass die Energie Graz, wo wir auch Einblick haben und verantwortlich sind, hier auch sehr, sehr sozial

verantwortungsvoll mit diesem Thema umgeht. Ein Verfahren, das mehrere Monate dauert in Kooperation mit vielen sozialen Einrichtungen Caritas etc. das ist ein mehrstufiges Verfahren, bis es zu solchen Abschaltungen im schlimmsten Falle kommt. Ich glaube ganz einfach, dass der dringliche Antrag nicht das richtige Mittel ist, um hier etwas in Bewegung zu bringen. Hier ist ganz einfach, wenn so kalte Tage, so eine Kälteperiode ist, wird keinem die Heizung abgedreht. Die Verantwortlichkeit vom Management bis hinunter zur den Referenten, das verantwortungsvolle Handeln ist gegeben, es gibt hier laufend Optimierungen und ein allgemeiner Aufruf dazu, einfach nichts zu unternehmen, wenn hier nicht gezahlt wird, würde unseres Erachtens gerade jene in Gefahr bringen, die wirklich riesige finanzielle Probleme haben und sich deshalb eben diese Kosten nicht leisten können. Deshalb nein zur Dringlichkeit, aber es ist natürlich ein sehr wichtiges Thema.

StRin. **Kahr** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich melde mich deshalb zur Geschäftsordnung, weil ich sonst keine Möglichkeit habe, weil so sehe ich, dass die Dringlichkeit abgelehnt werden würde und ich möchte einfach nur den Herrn Gemeinderat Wohlfahrt und auch Sie, Herr Gemeinderat Frölich, auf was aufmerksam machen. Wir haben, und zwar nicht aus der Luft gegriffen, weil wir tagtäglich nämlich konkrete Erfahrungen damit haben; es vergeht kein Tag seit Dezember, wo ich nicht mit den Energieversorgungsunternehmen interveniere, dass man keine Heizungsabschaltungen machen soll. Da geht es um Heizungsrückstände oft von 300/400 Euro nur, wo ich mich dann frage, das ist ein Wahnsinn, dass man überhaupt so schnell reagiert. In manchen Fällen ist es noch viel höher, weil die Leute halt einfach in der Situation nicht wissen wohin. Ich sage Ihnen jetzt Folgendes: Das Appellieren, auch die Hilferufe an alle Einrichtungen, wissen Sie, wie viel Zeit da vergeht? In der Zwischenzeit wird die Heizung und der Strom abgedreht und die Wiedereinschaltung, das heißt dann 500 Euro, 600 Euro Cash hinlegen, das hat dann keine Hilfseinrichtung mehr.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Glaubt ihr, dass es ohne euch kein Gewissen gibt?

StR. **Kahr:** Doch, das Wissen über diese Problematik, die weiß ich wirklich genau. Tatsache ist aber, und deshalb melde ich mich zur Geschäftsordnung, wir haben denselben dringlichen Antrag vor einem Jahr gestellt, der ist damals einstimmig angenommen worden mit dem Ergebnis, dass es nicht gefruchtet hat. Deshalb stellen wir diesen dringlichen Antrag jetzt noch einmal und der Glaube, weil das war erst gestern wieder so, das glaube ich erst dann, wenn es tatsächlich auch die kommenden Monate und zwar keiner sich mehr irgendwo rührt bei einer Einrichtung. Weil ich weiß nicht, mit welchem Unternehmen ihr geredet habt, aber da gibt es noch mehrere. Also das glaube ich einfach schlichtweg nicht, dass das jetzt nicht mehr passiert. Ich glaube, dass das einfach wichtig ist, dass da eine gemeinsame Botschaft von diesem Haus ausgeht und direkt vom Bürgermeister diese Dringlichkeit auch noch einmal ergangen ist. Weil, dass die Lisa, nachdem wir auch an die Öffentlichkeit gegangen sind, da mit den Energieversorgungsunternehmen geredet hat, das weiß ich eh, aber ich weiß auch, wie sie sie behandeln dann oft und nicht die Kollegen und Kolleginnen, die an den Schalterstellen dort sind, weil die sind selber arme Teufel, die stehen nämlich unter Druck, denen tun die Betroffenen oft eh leid, aber die stehen zunehmend mehr unter Druck von oben her und redet einmal mit diesen Leuten (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Ich glaube auch, wir sollten uns von dem Theater wegbewegen, gerade bei dieser Debatte da Sandkastenspielchen zu machen, jetzt haben die quasi das Topferl in der Hand, das müssen wir ihnen jetzt wegnehmen und da stimmen wir jetzt nicht zu, weil das wird eh schon längst gemacht und, und, und.

Das ist jetzt nicht ein Thema, und da gebe ich der Stadträtin Kahr Recht und danke im Übrigen der Antragstellerin, das ist, glaube ich, kein Thema, das sich für die parteipolitische Agitation eignet, wer hat jetzt eine Initiative eingebracht oder nicht.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Genauso ist es.

GR. **Grosz:** Sondern das ist wirklich ein ernsthaftes Thema, wo wir auch in der Steiermark betroffen sind. Im Übrigen es ist jetzt keine abnormale Kältewelle, es ist schlichtweg ein ganz normaler Winter. Wenn es im Februar schneit, ist der Winter nicht weit, heißt ein altes weststeirisches Sprüchlein, also das heißt, die Problematik ist, dass Menschen tatsächlich kein Geld haben, um ihre Heizkosten bewältigen zu können. Dafür gibt es dankenswerterweise heute auf Antrag der Sozialstadträtin einen weiteren Heizkostenzuschuss und auf der anderen Seite haben wir Menschen, die im Rückstand mit ihren Stromkosten, mit ihren Energiekosten sind und es unzumutbar ist, um nicht zu sagen lebensgefährlich ist, in der Zeit die natürlichen Repressalie einer Abschaltung in dieser Zeit anzusetzen, wo das wirklich gefährlich wird und daher unterstütze ich den Antrag und appelliere auch an die Grünen und auch an die ÖVP, jetzt sich nicht auf das Kinderspiel zu reduzieren, ja da haben wir eh schon geredet und deswegen stimmen wir heute der Dringlichkeit nicht zu, das eignet sich jetzt nicht für diese Winkelspiele. Es ist kein politischer Punkt, den jetzt die KPÖ verbuchen kann, sondern es ist ein Punkt, den der Gemeinderat setzt, ein Ausrufungszeichen, wo der Gemeinderat und alle Parteien sagen, das wollen wir von unseren Energieversorgern nicht. Dass die Initiative von der KPÖ ist, ist lobenswert und auf die Frage, ist die KPÖ das einzige soziale Gewissen in Graz, die der Klubobmann Piffl-Percevic gestellt hat, offenbar in dieser Frage ja, weil sie haben auch den Antrag gestellt und sie haben auch medial appelliert. Da ist ihnen eigentlich

Dank und Respekt dafür zu sagen, dass diese Initiative kommt und kein anderer daran gedacht hat. Ich sage, ich bitte wirklich um Zustimmung, weil es auch ein klares und starkes und eindeutiges Signal des Gemeinderates an alle zeigt, da ist kein Spielraum, da tun wir nicht herumdiskutieren, sondern das gehört auch medienöffentlich gemacht, wie der Gemeinderat heute hier entschieden hat, um allen zu signalisieren, eure Repressalien könnt ihr in zwei, drei Monaten wieder machen im Frühjahr, aber bitteschön jetzt nicht in einer temperaturtechnisch sehr risikoreichen Zeit, wo es wirklich um Menschenleben geht. Da geht es ja jetzt nicht, das Beispiel mit den 17 Grad war jetzt nicht unbedingt ein gutes, da geht es um 8 Grad, um 9 Grad, das heißt, auch wenn du dich dick eindeckst, funktioniert das nicht mehr. Also daher bitte ich wirklich um Zustimmung (*Applaus KPÖ und BZÖ*).

GRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann** zur Geschäftsordnung: Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich möchte die Zeit nicht ungebührlich in Anspruch nehmen. Liebe Gerti, dein Antrag der ist sehr gut, es ist ein Antrag der KPÖ, die SPÖ geht auf diesen Antrag natürlich drauf und ich appelliere jetzt hier auch an Grüne und ich appelliere an die ÖVP, hier ebenfalls der Dringlichkeit zuzustimmen, denn wenn ihr das nicht tut, ist es wirklich ein Ausdruck von einer sozialen Kälte, die ich hier in diesem Gemeinderat nicht haben möchte. Weil es geht hier um Menschen, es geht um keine Plänkelei hin oder her, sondern es geht um konkrete Menschen, die auch sterben können, wenn es zu Abschaltungen kommt. Zu mir selbst sind schon oft Menschen gekommen, denen gerade der Strom abgedreht worden ist und ganz problematisch wird die Angelegenheit dann, wenn der Strom abgedreht wird an einem Freitag, weil an einem Freitag, vor allem am Nachmittag, erreicht...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Es wird nicht abgedreht.

GRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Das stimmt nicht, es erfolgt noch und am Nachmittag erreicht man niemand.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Kollegin Sprachmann, darf ich bitten um eine kurze Wortmeldung, den der Magistratsdirektor hat mich gerade darauf aufmerksam gemacht, womit er völlig Recht hat, das ist nicht zur Geschäftsordnung.

GRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Ich denke mir nur, eine allgemeine kleine Diskussion die schadet hier vielleicht nicht, ich halte mich auch kurz. Ich will nur daran erinnern, wenn die Abschaltung an einem Freitag erfolgt, dann wird die Einschaltung vielleicht am Montag oder am Dienstag erfolgen und was in der Zwischenzeit mit den Menschen passiert, also das liegt im Grunde auf der Hand. Das heißt, bitte sehr vermeiden wir hier in diesem Gemeinderat die soziale Kälte und das wird ein Appell an Grün und an ÖVP, weil wir sind dafür gewählt worden, dass wir die Menschen unterstützen und nicht dass wir die Menschen sterben lassen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wo ist die Frau Sozialstadträtin?

GRin. **Schloffer**: Ich bin enttäuscht, ich bin so was von enttäuscht, so kleinkariert von der Praxis, so weit weg zwischen Theorie und Praxis ist ein Unterschied, Herr Doktor, haben Sie das noch nicht kapiert, was ist denn los mit euch Grünen (*Applaus SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ*)? Auch wenn der Herr Frölich oder die ÖVP dagegen stimmt, ich

war mir so sicher, der Antrag geht durch, weil die Grünen ziehen mit, was ist denn mit euch los, ich meine, in der Kirchen sitzen, und beten, bringt nichts, das habe ich auch schon gemerkt, das kannst abhakeln (*Applaus KPÖ*), aber ihr Grünen, ich meine, was ist mit euch los?

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Wir haben das schon umgesetzt.

GRin. **Schloffer:** Ihr seid so was von solidarisch, Kolleginnen und Kollegen, also das geht auf keinen zweiten Hut nicht. Herr Doktor, schämt euch. Es ist ein Wahnsinn. Da sieht man, wie weit ihr von den Leuten weg seid, ihr seid so weit weg von den Problemen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Zwischenruf GR. Baumann: Reden wir, wenn die erste Abschaltung stattfindet.

GRin. **Schloffer:** Ich bin nur maßlos enttäuscht von euch, von eurer Haltung, da in der Mitte habe ich es mir eher erwartet gehabt, weil da kommen so fachmännische Ansagen immer so, es läuft eh alles optimal und besser und überhaupt, die kannst eh nicht überzeugen. Von euch, sage ich, bin ich enttäuscht und Ihre Wortmeldung zwischen Theorie und Praxis ist so was von so lang, Herr Doktor, möchte ich nur noch einmal sagen. Es geht mir ja hauptsächlich bitte wegen dem Vorwarnsystem, um das geht es ja, das habt ihr auch nicht richtig durchgelesen anscheinend. Das soll ja für die

nächste Zeit ja auch sein, nicht nur für die nächste Woche, die 14 Tage, wo es noch saukalt ist, sondern in Zukunft, dass man so etwas einrichtet, das ist der Weitblick nicht von heute auf morgen und nächste Woche, wenn wir noch minus zehn haben. BZÖ, FPÖ, ich bedanke mich herzlichst, sie sehen die Sache, Entschuldigung an die SPÖ, ich habe zu Beginn vergessen zu sagen, dass ihr mit am Antrag seid, Entschuldigung, möchte ich jetzt noch einmal erwähnen. Was jetzt in einem Gespräch, was schon was erledigt ist, das weiß ich nicht, wer was geredet hat und dass es schon verantwortliche Handlungen gibt, Herr Frölich, das werden wir ja sehen jetzt dann in Zukunft, wer verantwortlich handelt. Schön, Sie haben Gespräche geführt, daher können Sie sich nicht solidarisch erklären und zeigen und das mitunterstützen, weil es ist ja eh schon geredet worden. Also, es geht wegen dem Frühwarnsystem vor allem, dass das bitte eingeführt wird und nicht nur für heute, nächste Woche, sondern in die Zukunft. Dankeschön (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Zwischenruf GR. Eichberger: Schämt euch.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Umwidmungsabgabe

GR. **Eber** stellt namens von SPÖ und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um die Umwidmungsabgabe, ein Antrag, der dankenswerterweise von der SPÖ Graz unterstützt wird. Die KPÖ Graz fordert bereits seit vielen Jahren eine Umwidmungsabgabe. Das bedeutet, dass Gewinne von Grundstückseigentümern, die durch die Umwidmung, beispielsweise von Grünland in Bauland, lukriert werden können, mit einer Abgabe belegt werden. Die Grundstückseigentümer profitieren immerhin in hohem Ausmaß von Flächenwidmungsänderungen, ohne selbst dafür einen Beitrag geleistet zu haben. Vereinzelt waren derartige Forderungen auch bei anderen Parteien zu hören, etwa vom früheren Wiener ÖVP-Obmann Bernhard Görg. Er wollte bereits Mitte der 90er-Jahre Umwidmungsgewinne (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) mit 20 bis 25 Prozent besteuern.

Seit einigen Monaten wird diese Debatte intensiv in ganz Österreich geführt, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem geplanten Belastungspaket der Bundesregierung. So will der Wiener Wohnbaustadtrat Michael Ludwig von der SPÖ sogar, dass in der Bundeshauptstadt eine Umwidmungsabgabe von 25 Prozent im Alleingang eingeführt wird, die grüne Wiener Vizebürgermeisterin Vassilakou weist darauf hin, dass in manchen Städten in Europa eine derartige Abgabe bis zu 75 Prozent ausmacht und von da her auch noch ein gewisser Spielraum nach oben bliebe.

Berechnungen für Wien gehen davon aus, dass eine Abgabe in Höhe von 25 Prozent, wie von Ludwig angedacht, rund 20 Millionen Euro pro Jahr bringen würde. Für Graz sind mir keine Zahlen bekannt, allerdings gehe ich davon aus, dass auch hier budgetrelevante Mittel hereinkommen würden.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ- und des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

1. Der Bundesgesetzgeber wird im Petitionsweg aufgefordert, eine Umwidmungsabgabe laut Motivenbericht einzuführen. Die Mittel, die so zur Verfügung stehen, sollen zu 100 Prozent bei den Gemeinden bleiben.

2. Die derart lukrierten Mittel werden für den geförderten Wohnbau und für Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang damit, also mit den umgewidmeten Grundstücken, reserviert.

3. Sollte es zu keiner bundesweiten Umwidmungsabgabe kommen, tritt die Stadt Graz im Petitionsweg an das Land Steiermark heran, nach dem Beispiel der Stadt Wien eine steirische Umwidmungsabgabe einzuführen.

Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hötzl** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Vorsitzender! Wir von der FPÖ werden mit dem Antrag weder im Inhalt noch von der Dringlichkeit mitgehen. Wir sehen inhaltlich ist ein eigenes Thema, wenn ich heute ein Grundstück oder eine Wohnung kaufe und die teurer verkaufe innerhalb der Spekulationsfrist, muss ich sowieso Einkommenssteuer für den Gewinn daraus bezahlen. Wenn ich die Spekulationsfrist übertauche, dann ist es „steuerfrei“ unter Anführungszeichen, aber selbst dieses Thema wird momentan auf Bundesebene diskutiert, dass dort diese Spekulationsfrist fallen soll und genau aus diesem Grund sehen wir schon gar keine Dringlichkeit, weil es eben gerade diskutiert wird, dass das aufgelöst wird. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz**: Ich verstehe den Antrag der kommunistischen Partei schon, wie wohl ich ihn in der Tradition der Enteignung bald sehe. Wir haben in Österreich eine

Steuerquote von bald 48 %, das heißt, die Hälfte der Arbeit und der Entlohnung werden in Österreich an den Staat abgeliefert. Ich gebe das jetzt nur zu bedenken bei dieser ganzen Debatte. Wir haben in Graz eine Stadt mit der höchsten Abgaben- und Gebührenquote in Relation unter allen österreichischen Städten, das gebe ich auch zu bedenken bei dieser Gelegenheit und dann erleben wir, dass jetzt eine Diskussion auf Bundesebene tobt, aufgrund der Wirtschaftskrise ein Sparpaket so zu schnüren, indem man einmal mehr bestehende Steuern anhebt oder neue Steuern einführt. Das ist der eine Weg, ich habe die Krise immer als Chance verstanden, dass wir die alten Zöpfe, die verzapften Zöpfe der österreichischen Verwaltung endlich abschneiden und im österreichischen Verwaltungssystem auf Basis von 599 Vorschlägen des Bundesrechnungshofes mehr als sieben Milliarden Euro einsparen können, das ist der eine Weg. Das was die Bundesregierung und offenbar jetzt die KPÖ und die Sozialdemokratie wollen, mit einer Umwidmungssteuer eine neue Steuer einführen und den derzeitigen Steuergeldwahn von sieben Milliarden Euro, diesen Schuldenturm, den wir in der Verwaltung und in den politischen Gremien mitschleppen, weiterhin zu finanzieren und da machen wir nicht mit, da sage ich auch, genug gezahlt in diesem Bereich. Und jetzt zu dieser Umwidmungsabgabe, zu dieser Umwidmungssteuer. Schwachsinnig bis zum geht nicht mehr. Stellen Sie sich vor, Herr Antragsteller, Ihre Großeltern haben vor 40 Jahren ein Grundstück im damaligen Grazer Umland, heute mittlerweile im städtischen Bereich, um 2.000 m² ein landwirtschaftlich gewidmetes Grundstück gekauft. Dafür haben sie damals Steuern bezahlt, das heißt, das Grundstück wurde schon versteuert ordnungsgemäß beim Kauf und jetzt gehen Sie her als Enkelgeneration und bekommen das von ihren Eltern geschenkt oder vererbt, von den Großeltern vererbt. Nach Ihrer Definition zahlen Sie dann auch noch für das versteuerte Grundstück in Zukunft eine Erbschaftssteuer, es ist aber noch immer landwirtschaftlich gewidmet, aber Sie kommen drauf, Sie wollen dort mit ihrer Familie ein Haus bauen und müssen daher bei der Stadt Graz eine Umwidmung in eine wohnbaugenutzte Fläche beantragen...

Zwischenruf GRin. Krامل: Oder ich verkaufe es teuer.

GR. **Grosz:** Na ja, jetzt einmal eine kurze Frage, Kollegin, für diesen intelligenten Zwischenruf, die meisten Flächen in Österreich, kurze Frage, Sie müssen es ja wissen nach dem Zwischenruf, werden mit den meisten Flächen in Österreich im Jahr Immobilienspekulationen betrieben oder werden diese Flächen bebaut? Wissen Sie es? Weil die meisten Flächen im ländlichen Raum selbstverständlich bebaut werden...

Zwischenruf GRin. Krامل: Aber nicht von den eigenen Besitzern.

GR. **Grosz:** ...durch Einfamilienhäuser und die interessanten Flächen im städtischen Raum, von denen Sie reden, die 20.000 bis 30.000 m² in Graz beispielsweise, mit denen Spekulation betrieben wird, natürlich etwas anderes sind. Nur Sie schütten das Bad mit dem Kind aus, vice versa umgekehrt auch und das ist ein Irrsinn. Wenn natürlich der, der dann bauen will, die Enkelgeneration, für das versteuerte Grundstück der Großeltern, dafür dass er bauen kann, noch einmal eine Abgabe zahlen kann und dann in Zukunft kein Einfamilienhaus mehr bauen kann. Statt dass Sie endlich hergehen und die alten Zöpfe ihrer politischen Verwaltung einsparen, den Bundesrat, der unnötig ist, den Landtag, 22 Sozialversicherungsträger, einer dieser Quasteln aus den Sozialversicherungsträgern sitzt in Ihrer Fraktion, kostet alles nur Geld und bringt uns nichts, nein, es wird einmal mehr Steuern erhöht und das ist der Irrsinn, mit dem wir diesen Staat endgültig ruinieren werden, wir stimmen dem sicher nicht zu.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Die Tränen der nicht gebauten Einfamilienhäuser verkneife ich mir jetzt. Um was geht es, von der Idee her ist es sicher völlig richtig, dass die Umwidmungsgewinne besteuert gehören, überhaupt keine Frage. Ich bin mir nicht sicher, ob die Umwidmungsabgabe als Instrument erster Wahl ist, letztendlich geht es ja darum, dass der Vermögenszuwachs besteuert wird, ob er jetzt auf Umwidmung beruht oder nicht, das ist nicht das Entscheidende. Es kann auch ein Gebiet am Stadtrand sein, was immer Bauland war, aber durch einen Straßenbahnanschluss, durch einen U-Bahn-Anschluss wesentlich mehr wert wird, auch dort wäre dieses Geld zu zahlen. Das heißt eigentlich was wir brauchen ist eine Vermögenszuwachsbesteuerung, so wie sie auch immer wieder diskutiert wird. Wenn wir das machen würden, dann würden wir uns unnötige Diskussionen wie vorhin ersparen, wo man drüber reden müssen, ob jemand der Strom abgeschaltet würde, der es sich nicht leisten kann. Liebe Leute, wenn wir dorthin greifen, wo durchaus Geld ist, wenn wir das holen, sei es eine Vermögenszuwachsbesteuerung oder Umwidmungsabgabe, dann könnten wir uns diese anderen Diskussionen zum Glück sparen. Aber so gesehen, ist es sicher der richtige Zugang. Ich würde massiv stärker für diese Vermögenszuwachsbesteuerung plädieren, das wäre auch eine Bundesabgabe, wenn das nicht greift und deswegen werden wir auch inhaltlich diesem Antrag zustimmen, sofern es dazu kommt, wenn das nicht greift, weil der Bund sicher verweigert, weil unsere Vertreter im Bund dazu nicht bereit sind, weil sie halt kneifen oder diese Richtung nicht mittragen, dann ist sicher die Umwidmungsabgabe ein Mittel der zweiten Wahl. Es ist für mich nicht das Mittel der ersten Wahl, weil hier, glaube ich, bessere Mittel zur Verfügung stehen, aber nachdem die schon lange nicht greifen, werden sie auch in Zukunft nicht greifen, kann ich mir durchaus vorstellen, über diese Umwidmungsabgabe ernsthaft nachzudenken, obwohl ein Problem müsste gelöst werden, das ist im Antrag auch nicht näher behandelt, so quasi es wird der realisierte Umwidmungsgewinn besteuert werden können, der nicht realisierte, ist schwer zu besteuern und da sind viele Details offen, also bisschen Bauchweh, bisschen Skepsis, aber dahingehend, dass man

zur First-Best-Lösung nicht kommen, Unterstützung der Dringlichkeit und des Inhaltes für eine Umwidmungsabgabe (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise waren die ersten, die gebrandmarkt worden sind, die sogenannten Spekulanten. Das haben zwar die meisten nicht gewusst genau, was das sind, dann waren es die Banken, dann waren es die Ratingagenturen und jetzt kommen wir langsam drauf, hoppla, das viel versprochene, auch von der ÖVP versprochene Einsparen, schlankeren Staat, Strukturen schlanker machen, effizienter machen. Es gibt immerhin 999 Vorschläge vom Bundesrechnungshof, wo Einsparungspotentiale sind, kein einziger wurde in den Medien öffentlich diskutiert, jetzt ist die große Steuerdebatte herausgebrochen und man bleibt nicht bei den Spekulanten hängen, sondern es ist genau das, was vorhergesagt war, es wird der Mittelstand belastet, aber massiv belastet, dort wo noch ein Vermögen, das über Jahre und Generationen erwirtschaftet worden ist, legal und korrekt erwirtschaftet ist, das soll jetzt angegriffen werden. Ich frage mich, wie soll diese Umwidmungsabgabe ausschauen? Sollen Grundstücke besteuert werden, die umgewidmet werden, da ist der Grundstückseigentümer gar nicht einmal derjenige, der unbedingt gefragt wird, das kann die Gemeinde machen, auf Grünland mit Bauverbot ein Bauland errichten oder Aufschließungsgebiet, soll dann bereits die Vollstreckung, die Finanzvollstreckung erfolgen, soll der Grundeigentümer so weit getrieben werden, dass er zwangsverkaufen muss das Grundstück, um überhaupt die Steuerlast, mit hier 25 % angegeben, überhaupt bewerkstelligen zu können? Will man das? Will man Grundstückeigentümer, die ihr Grundstück in der Nähe nutzen wollen, die Enkel oder Kinder die Möglichkeit geben, in der Nähe der Elterngeneration ein Haus zu errichten, will man wirklich die besteuern, will man sie wirklich so weit bringen, dass sie eben zwar einen Grund haben, den sie nicht bebauen dürfen, will man sie in eine Mietwohnung hineindrängen, will man das? Ich sage nein, das ist antibürgerlich, das

ist strikte abzulehnen und wir sollten uns wirklich daran machen, uns wirklich Einsparungsüberlegungen zu überlegen in unserem Staat und auch hier in der Stadt Graz und von dieser Steuerbelastungswelle des Mittelstandes klar Abstand nehmen. Daher Dringlichkeit und der Antrag wird von mir als unabhängiger Gemeinderat abgelehnt. Danke.

GR. Mag. **Frölich**: Herr Stadtrat, sehr geehrter Antragsteller! Stellen Sie sich vor, Sie haben ein Grundstück, eine Wiese, die ist 20.000 Euro wert, die wird umgewidmet, plötzlich ist sie um eine Millionen mehr wert und dann sollen sie 250.000 Euro zahlen. Gemeinderat Wohlfahrt hat es angesprochen, das wäre der Fall, wenn also nicht auf die Realisierung, sondern bei Realisierung der Wertsteigerung erst die Abgabe verantwortlich wäre, sondern gleich beim Wertzuwachs. Eine Erdrosselungswirkung, die nach der Rechtsprechung des VfGH natürlich nicht möglich wäre. Der Antrag als solcher geht in eine Richtung, worüber man nachdenken wird müssen und es ist angesprochen, auf Länderebene, auf Bundesebene gibt es Gespräche, es gibt verschiedenste Vorschläge. So wie es hier im Motivenbericht dargestellt wird, ist es tatsächlich sehr unausgegoren. Wir werden der Dringlichkeit des Antrages daher nicht zustimmen, wie wohl man über die Form einer Abgabe auf Wertsteigerungen aus Liegenschaftsumwidmungen sehr diffizil und sehr gescheit in Zukunft nachdenken wird müssen, und diese Gespräche sind eben im Gange. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber**: Also ich möchte gleich anfangen beim Kollegen Frölich beziehungsweise auch der Kollege Wohlfahrt hat das ja angesprochen, wie beziehungsweise wann soll diese Steuer fällig werden beziehungsweise eingehoben werden. Also meines Erachtens ist es durchaus so, und nicht zuletzt deswegen orientieren wir uns ja auch am Wiener Beispiel, weil das ja der Wiener Stadtrat Ludwig so formuliert hat, dass die

Fälligkeit der Steuer an und für sich eintritt, sobald die Aufwertung erfolgt ist, allerdings soll dann eine Stundung erfolgen, eben bis zur tatsächlichen Realisierung, also bis das Grundstück dann verkauft wird, verwertet wird, bebaut wird oder sonst irgendwie und das ist, glaube ich, meines Erachtens wäre das eine gangbare Möglichkeit. Es hat oder es ist dem Herrn Bürgermeister vorhin vorgeworfen worden, dass er da eine ÖVP-Wahlkampfrede halten würde, dem kann ich mich anschließen, allerdings wundere ich mich dann, dass der Herr Grosz ebenfalls eine Wahlkampfrede haltet, allerdings eine Wahlkampfrede für Nationalratswahlen, die ja noch nicht so bald anstehen. Ich möchte hier schon sagen, ja selbstverständlich können wir diskutieren über alles Mögliche und ich bin auch der Meinung, dass man über Einsparungspotentiale auf allen Ebenen reden kann, allerdings ist dies nicht unsere Aufgabe. Bei diesem Antrag geht es ganz konkret auch um das Wohl der Stadt Graz, denn der Antrag beinhaltet ja auch, dass 100 %, also der gesamte Betrag der Umwidmungsabgabe, bei der Stadt beziehungsweise bei den Gemeinden bleiben soll und eben nicht in das allgemeine Budget, schon gar nicht des Bundes, fließen soll. Selbstverständlich sind wir auch für andere Formen von neuen Steuern, also insbesondere von Reichensteuern, von Vermögenszuwachssteuern usw. Ich glaube, es geht dabei nicht um die Frage, haben wir jetzt schon eine hohe Abgabenquote, eine hohe Steuerquote, sondern es geht um die Frage, wer bezahlt denn diese Steuern und diese Abgaben, ist es die Masse der Menschen in unserer Stadt, in unserem Land, die durch hohe Einkommenssteuern, Lohnsteuern, durch Umsatzsteuern belastet sind, durch hohe Tarife und Gebühren belastet sind oder soll nicht viel mehr ein Beitrag dort geholt werden, wo das Geld tatsächlich liegt und das sind halt diese im Verhältnis relativ wenigen Reichen und Superreichen in unserem Land und von daher kann ich natürlich Vermögenssteuern, Vermögenszuwachssteuern durchaus etwas abgewinnen. Aber wie gesagt, das war ja nicht die Zielrichtung dieses Antrages. Redezeit ist auch schon fast um, ist schon um, danke all jenen, die diesen Antrag unterstützten, ersuche die ÖVP natürlich auch noch einmal eindringlich, das zu tun. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Busbuchten statt Kaphaltstellen

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer! Ein Antrag, der sich damit beschäftigt, dass der Verkehr in Graz wieder flüssiger gemacht werden soll. Bereits in der letzten Gemeinderatssitzung durfte ich den Herrn Abgeordneten zum Nationalrat der ÖVP, Mag. Schönegger, er war auch heute schon einmal anwesend, den durfte ich zitieren, indem er eine schriftlichen Anfrage an die Frau Bundesministerin Bures stellt und er formuliert darin:

„Im Kampf gegen den Feinstaub geht es auch darum, unnötige Steh- und Stauzeiten zu minimieren und den Verkehrsfluss zu beschleunigen.“

Wie bereits in vorangegangenen Initiativen der FPÖ ausgeführt, kann dieser Aussage inhaltlich nur zugestimmt werden. Allerdings gilt es, dieser Erkenntnis auch politische Taten folgen zu lassen.

In diesem Zusammenhang (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) darf ich daher auf ein Problemfeld hinweisen, das in der jüngeren Vergangenheit zu zahlreichen Bürgerbeschwerden Anlass gegeben hat und das alleine schon deshalb einer genaueren Betrachtung hier im Gemeinderat bedarf.

Bei der Neugestaltung zahlreicher Bushaltestellen im Grazer Stadtgebiet wurden durch vorgezogene Trottoirkanten sogenannte Kaphaltestellen geschaffen. Der Anwendungsbereich von Kaphaltestellen beziehungsweise von Fahrbahnhaltestellen wird üblicherweise anhand von verschiedenen quantitativen und qualitativen Kriterien eingegrenzt. Gerade die Platzverhältnisse in unserer Stadt, und wir wissen, in Graz werden die Flächen immer knapper, besteht Zweifel ob dieser Haltestellentyp für die Stadt anwendbar ist.

In der Praxis verursachen diese Haltestellen nämlich erhöhte Steh- und Stauzeiten für den übrigen Verkehr, zumal nur selten eine zusätzliche Fahrspur zur Verfügung steht. Diesem Problem kann man aber durch sogenannte Busbuchten wirksam begegnen, das ist auch jahrzehntelang in der Praxis geübt worden, allerdings vor der Ära Rücker, und da bedarf es jetzt hier wieder an die gute alte Tradition anzuschließen.

Untersuchungen in deutschen Städten vergleichbarer Größe haben ergeben, dass der gestörte Verkehrsablauf auf stark belasteten Straßen mit Busverkehr durch die Anwendung von Busbuchten positiv beeinflusst wurde. Neben Verbesserungen im Verkehrsablauf konnte auch eine Erhöhung der Sicherheit im Haltestellenbereich erzielt werden. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass die teilweise Inanspruchnahme des Hauptfahrstreifens für Busbuchten zu einer deutlichen Verringerung der Überholgeschwindigkeit führt, was mit einer Erhöhung der Sicherheit einhergeht. Gleichzeitig, und das ist ein der wichtigsten Punkte auch für Graz, konnten lange Stauungen und Fahrzeug-Pulks hinter den Bussen vermieden werden.

Es empfiehlt sich daher, vor allem im Bereich von zweispurigen innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen, verstärkt Busbuchten zum Einsatz zu bringen.

Aus diesem Grund stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stadtsenatsreferentin, Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, wird ersucht, im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei der künftigen Entwicklung und Gestaltung von Bushaltestellen für den öffentlichen Verkehr nach Möglichkeit und im Rahmen der geltenden rechtlichen Bestimmungen bevorzugt Busbuchten an Stelle von Kaphaltestellen errichten zu lassen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Roland! Nicht jede Wortmeldung des Herrn Ex-Gemeinderatskollegen und jetzigen Nationalratsabgeordneten Bernd Schönegger eignet sich zu einem dringlichen Antrag. Du müsstest an und für sich eh schon ein gebranntes Kind sein. Der letzte hat auch nicht gar so hingehaut, vielleicht suchst du dir einen anderen Nationalratsabgeordneten, den du dir zum Vorbild nimmst, um größere Chancen zu haben. Aber Spaß beiseite. Ich kenne ja viele deiner Anträge und ich schätze dich auch als engagierten Verkehrssprecher deiner Fraktion, aber dieser Antrag ist insofern dringlich, dass er dir anscheinend relativ rasch eingefallen ist und du irgendeinen Antrag bringen wolltest. Weil er ist sehr, sehr weich formuliert und wenn ich mir allein den Antragstext anschau, nach Möglichkeit, unter Umständen, bevorzugt und nach Abwägung der rechtlichen Möglichkeiten, dann frage ich mich letztendlich, willst du das selber überhaupt, was du in diesem Antrag schreibst oder bringst du eher zum Ausdruck, naja, man könnte unter Umständen, wenn es sein sollte und müsste, könnte man das tun. Aber das auch nur beiseite. Das Wesentlichste ist und da frage ich mich schon, warum dieser Antrag momentan von dieser großen Dringlichkeit zu sein scheint, wie du das kundtust, weil du ja nicht vorhast, sofort etwas zu ändern, sondern dass man nur unter Umständen einmal prüfen sollte, sollten neue Busbuchten kommen, sollten neuen Kaphaltestellen kommen, dass man dann in weiterer Ferne irgendwann einmal sich überlegt, das anders zu machen. Das heißt, wir haben ja nicht unbedingt jetzt diese Dringlichkeit

insofern, was du ja anführst in deinem Motivenbericht, als Kampfmittel oder als Mittel gegen die hohe Feinstaubbelastung, sondern mittelfristig und auch kurzfristig würde ja das nichts bringen. Deshalb sehe ich persönlich und unsere Fraktion nicht unbedingt den Grund, hier dieser Dringlichkeit auch zuzustimmen. Zum anderen muss ich schon eines sagen, finde ich es etwas seltsam, wenn hier in diesem Haus im Gemeinderatssitzungssaal bei der letzten Gemeinderatssitzung gerade zu diesem Thema eine Verkehrsplanungsrichtlinie mit großer Mehrheit beschlossen wurde, wo genau nämlich die Ausstattung von diesen Bus- und GVB-Haltestellen bis ins kleinste Detail hier festgehalten wurde, wo, wie gesagt, die Mehrheit hier der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gesagt haben, das ist ein Handhabe, mit der man in Zukunft arbeiten soll, habe ich und hat unsere Fraktion nicht unbedingt etwas jetzt hier diesbezüglich am Hut zu sagen, wir ändern jetzt gleich wieder mit einem dringlichen Antrag diese Richtlinien, die wir vor drei Wochen hier beschlossen haben. Und zu guter Letzt auch noch ein Hinweis, wie gesagt, ich bin auch nicht der Verkehrsexperte, maße mir das nicht an, aber soweit mir das schon bewusst ist, ist es schon auch eine Geschichte der Verkehrssicherheit, wo es nämlich die Querung betrifft, dass natürlich Kaphaltestellen hier schon für die Fußgängerinnen und Fußgänger, die die Straße vor oder hinter dem Bus hier queren, natürlich mehr Sicherheit mit sich bringt, als wenn bei diesem Bus dann der fließende Verkehr vorbeifließt, bei allem Verständnis, und du weißt selber, dass ich kein Freund unserer Verkehrsreferentin und Vizebürgermeisterin Lisa Rücker in vielen Fragen bin...

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker: Ich habe gedacht, du bist ein Freund von mir.

GR. **Eichberger**: ...in manchem schon, in vielem nicht bin, aber da muss ich sagen, da teile ich ihre Meinung und auch die von ihr getragene Verkehrsplanungsrichtlinie, wir bleiben dabei. Aus diesem Grund lehnen wir nicht nur die Dringlichkeit ab, sondern auch den Inhalt. Danke.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.25 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Klaus! Wenn du dem Roland Lohr ein bisschen vorgehalten hast, dass sein Antrag ein bisschen weich war, das wird er überleben, er wird maximal parteiinterne Kritik vielleicht dafür bekommen, aber was du gehalten hast an Rede, das war ja wirklich windelweich zum Quadrat, als wenn du Omo, Persil und Dash in einem Waschgang mitverwendet hättest. Also das verstehe ich nicht.

Zwischenruf GR. Eichberger: Jetzt bist du böse, weil ich als Erster gesprochen habe.

GR. Mag. **Mariacher**: Nein, das ist völlig irrelevant. Der Roland Lohr hat ein exemplarisches Beispiel, und dafür ist ihm Dank zu sagen, aufgezeigt für die Verkehrspolitik, die meines Erachtens in die völlig falsche Richtung geht in Graz. Eine Verkehrspolitik, und die Frau Vizebürgermeisterin hat es seinerzeit im Gemeinderat schon gesagt und sie hat es im Herbst 2010 bei parteiinternen Workshops und

Kreativtreffen gesagt, dass sie sämtliche Maßnahmen unternehmen wird, um den Individualverkehr zu blockieren. Und auch die Fußgänger nicht zu fördern in Graz. Das war beim Shared Space, wo man die BürgerInnen durch die Straßen schickt auf eigene Gefahr hin, das sind durch die Aufgrabungsarbeiten, die monatelang gemacht worden sind, um die Straßenbahnen zu forcieren und es sind bei den kleinen lokalen Möglichkeiten eben diese laufenden Umbauten, die gemacht werden bei den Haltestellen, die der Roland Lohr anschneidet. Und, lieber Klaus, wenn du sagst, das ist ja mittelfristig und es ist ja nicht soweit, anscheinend, Klaus Eichberger, bist du in der Stadt wenig unterwegs, weil sonst müsstest du mindestens fünf Beispiele sofort aufzählen können, wo bereits solche Kaphaltestellen initiiert worden sind, wo die gemacht worden sind und wo der fließende Verkehr hinter dem Autobus einfach stehen bleibt und den ganzen Haltestellenvorgang des Aus- und Einsteigens einfach abwarten muss. Und das ist, meines Erachtens der völlig falsche Weg und hier gehört wirklich der Verkehr beschleunigt und auch hier Maßnahmen gesetzt...

Zwischenruf GR. Eichberger: Bei den künftigen, nicht bei den jetzigen.

Gr. Mag. **Mariacher**: Aber es ist ja schon passiert und du tust so, als wäre es noch nicht passiert. Und das ist zu kritisieren, da muss man sagen, der Dampfer ist in die falsche Richtung gefahren. Dann hättest du das kritisieren sollen, dass man da möglicherweise darauf bedacht ist, möglicherweise rückzubauen. Aber das ist ja von dir nicht gekommen, du wolltest ja eine neuerliche Studie machen. Also der Antrag ist richtig, die aufgezeigte Kritik ist richtig und man muss das in ein Gesamtsystem einer Kritik in der Verkehrspolitik gegenüber der Vizebürgermeisterin sehen und daher werde ich diesem Antrag der Dringlichkeit und dem Antrag wegen meine Zustimmung geben. Danke.

GR. **Dreisiebner:** Interessant, Herr Kollege Mariacher, am Shared Space wird man auf eigene Gefahr über den Platz geschickt, ich behaupte, in ganz Graz bewegen sich etwa 400.000 Menschen tagsüber auf eigene Gefahr in dieser Stadt. Es braucht Verantwortung, es braucht Rücksichtnahme. Zur Sache selbst, ich halte diesen Antrag vom Kollegen Lohr, der die Priorisierung des öffentlichen Personennahverkehrs, wie er in dieser Stadt seit Jahren gepflegt wird und in der Umsetzung gefördert wird, einfach für wichtig und wir werden davon nicht abgehen. Die Kaphaltestellen haben Vorteile gegenüber den Busbuchten, die Ein- und Ausfahrtsituation sind für den Bus ein Zeitverlust, sind teilweise Sicherheitsprobleme in der Verkehrssicherheitsfrage, es geht um rascheren Fahrgastwechsel, der an der Kaphaltestelle möglich ist, das ist alles so nachgewiesen und gemessen. Die Stauverluste, die der Bus lukriert, der viel mehr Personen befördert als der Pkw, der durchschnittliche mit einer oder zwei Personen, die sind mir, sind uns, von unserer Fraktion wichtiger als ein allfälliger kurzer Stau von ein paar Pkw in, wie gesagt, zirka 30 Sekunden Wartezeit an Kaphaltestellen. Ich behaupte, dass keine willkürlichen Kaphaltestellenerrichtung passiert, es ist, wie Kollege Eichberger dankenswerterweise ausgeführt hat, entlang der Verkehrsplanungsrichtlinie, die wir vor drei Wochen hier beschlossen haben, ganz klar geregelt, wann, wo, unter welchen Bedingungen Kaphaltestellen den Busbuchten vorgezogen werden und wo Busbuchten errichtet werden sollen. Für uns wird keine und wurde keine Kaphaltestelle willkürlich errichtet, es geht oft um Platzprobleme im Straßenraum, es geht um die Möglichkeit oder Nichtmöglichkeit Fremdgrundstücke abzulösen und zu gewinnen, es geht darum, dass jede Haltestelle konzessioniert werden muss vom Land Steiermark, von der Behörde. Sollte hier eine wirkliche Änderung passieren, dass man diese Kaphaltestellen nicht mehr machen können, dann sind die Konsequenzen unter Umständen, dass wir wirklich für die Bevölkerung Haltestellen auflassen müssen, dass wir keine Wartehäuschen, keine guten Wartesituationen mehr anbieten können, dass man den FußgängerInnenverkehr, der dabei noch fließt, behindert beziehungsweise die einsteigenden und aussteigenden Personen behindert. In diesem Sinne sowohl zur Dringlichkeit als auch zum Inhalt ein Nein und ich freue mich, dass in der Ära Rücker, Zitat Kollege Lohr, im Gegensatz zu

vorherigen traditionellen Verkehrspolitik hier doch einiges mehr für den öffentlichen Personennahverkehr passiert. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Eber:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Antragsteller! Ich möchte zunächst schon darauf hinweisen, weil das jetzt angesprochen worden ist, es geht hier nicht um die gesamte Verkehrspolitik bei diesem Antrag, den du da gestellt hast, sondern es geht um eine konkrete Frage, die da und dort zu einem Problem führt. Der Kollege Eichberger hat in seiner Wortmeldung unter anderem gesagt, ich bin kein Verkehrsexperte, du hast das dann auch sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt, finde ich, und ich möchte von dieser Stelle aus weder irgendwie belehren oder sonst was tun, auch ich selbst bin kein Verkehrsexperte, aber ich kann natürlich sehen, was sich in dieser Stadt so abspielt dort, wo diese sogenannten Kaphaltestellen errichtet worden sind. Und zum Beispiel gibt es schon ein Problem, also das mir zumindest auffällt, das ist in der Triester Straße bei der Vinzenz-Muchitsch-Straße, dort ist es so, dass, ich glaube die Buslinie 39 ist da, die ist früher überhaupt in die Vinzenz-Muchitsch-Straße eingebogen und hat dort ihre Haltestelle gehabt, das war eigentlich eine relativ sichere Bushaltestelle, weil dort ja schon relativ wenig Verkehr ist, diese Haltestelle wurde jetzt zurückherausverlegt auf die Triester Straße und dort bleibt der Bus halt auf der Fahrbahn stehen und das führt dann natürlich auch dazu, dass es durchaus zu gefährlichen Situationen kommt, weil die Autos natürlich, die dahinter fahren, oft einmal nur schwer abbremsen können beziehungsweise halt nicht abbremsen könnten und auf die zweite Spur ausweichen. Der Antrag des Kollegen Lohr ist unter Anführungszeichen, weil das auch angesprochen worden ist, „weich formuliert“, aber ich möchte sehen, wie darauf reagiert worden wäre, wenn er gesagt hätte, es müssen jetzt alle Kaphaltestellen zurückgebaut werden, also das wäre natürlich eine absurde Forderung meines Erachtens, weil das natürlich auch mit sehr hohen finanziellen Aufwendungen verbunden ist. Ich meine, dass dieser Antrag so in dieser Form genau richtig formuliert ist, dass man nämlich einfach nach

Möglichkeiten und im Rahmen der geltenden rechtlichen Bestimmungen untersucht und bevorzugt behandelt, also diese Busbuchten. In diesem Sinne werden wir natürlich diesem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nach unterstützen. Danke (*Applaus FPÖ und KPÖ*).

GR. **Mayr:** Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Bürgermeister, liebe Frau Vizebürgermeisterin! Manchmal haben diese dringlichen Anträge, lieber Armin, ich muss dir schon sagen, lieber Roland, doch etwas Absurdes, weil wir haben die Verkehrsplanungsrichtlinie ein halbes Jahr lang diskutiert. Ich kann mich erinnern an einen Termin von der Frau Vizebürgermeisterin, wo alle Verkehrssprecher eingeladen wurden, du warst, glaube ich, einmal dabei, einmal warst du nicht dabei, dann ist das Stück einmal abgesetzt worden, also wir haben das über zwei Monate rauf- und runterdiskutiert und was steht da drinnen in der Verkehrsplanungsrichtlinie, die wahrscheinlich niemand gelesen hat...

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: War das einstimmig?

GR. **Mayr:** Nein, war nicht einstimmig, aber ich rede gerade zur Dringlichkeit, wir diskutieren ein Stück ein halbes Jahr lang und in diesem Stück steht über mehrere Seiten drinnen ein Prozess, wie man zur Entscheidung kommt, ob eine Kaphaltestelle oder eine Busbucht errichtet wird. Und da gibt es einen Kriterienkatalog, der geht darauf ein, ist dort viel Verkehr, ist es sozusagen dem fließenden Individualverkehr zumutbar oder nicht, wie schaut es mit der Sicherheit aus, mit der Anordnung der Haltestelle etc., etc. und dann gibt es Plus und Minus und schlussendlich ergibt sich

ein Ergebnis, ob man dort eine Kaphaltestelle errichten kann und soll oder nicht. Und das haben wir am 19.1. hier im Gemeinderat, nicht einstimmig, aber mit Mehrheit beschlossen. Jetzt kann ich nicht vier Wochen später kommen und genau zu dem gleichen Thema einen dringlichen Antrag machen, was ist da bitte dringlich? Das kann die ÖVP nicht erkennen, deswegen stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Thema Verkehr regt immer auf, darum freut es mich auch, dass alle Fraktionen sich natürlich zu Wort gemeldet haben. Beginnen wir bei der SPÖ. Kollege Eichberger, zur Erklärung, warum dieser Antrag so weich ist, natürlich Kollege Eber hat schon darauf hingewiesen, man kann den Rückbau ja unmöglich herinnen fordern, wir können die Bedeckungsmittel in einem dringlichen Antrag hier natürlich nicht mitliefern und würde sofort von der Magistratsdirektion, wie wir wissen, abgelehnt werden. Deshalb kein mutloser Antrag, sondern leider formaler Zwang, über den auch ich mich leider nicht hinwegsetzen kann. Das zweite Thema, warum dringlich, natürlich immer ein dringliches Thema, weil wir haben Feinstaub, wie wir wissen, und zur Planungsrichtlinie, eben da waren wir als Partei natürlich nicht dabei und haben dagegen gestimmt und hier auch gleich der Konnex zum Kollegen Mayr, die Planungsrichtlinie hat sicher über 800 Seiten, also wir hätten da drei Tage lang im Gemeinderat jeden Punkt diskutieren müssen, das heißt, ihr müsst mir zugestehen, dass wir immer wieder einzelne Punkte herausgreifen und hier neuerlich zur Diskussion stellen. Dann zum Kollegen der grünen Partei, ihr habe ja auch eine Umweltstadtsenatsreferentin, nicht nur Verkehrsstadträtin, ihr ist scheinbar lieber, wenn die Autos hier 30 Minuten länger im Stau in der Haltestelle hinter dem Bus stehen bleiben, die Luft verpesten, Feinstaub produzieren und Abgabe, also hier tut sie nichts, sie sagt zwar immer, nicht reden, sondern tun, aber in diesem Punkt ist sie äußerst nachlässig. Auch dass die Sicherheit für die Fahrgäste schlechter wird, glaube

ich jetzt nicht, dass das wirklich studienmäßig nachgewiesen wird, weil wenn der Bus in der Busbucht steht, können die Fahrgäste sicher ein- und aussteigen und bewegen sich dann zum nächsten Übergang und überqueren erst dann die Straße, also im Gegenteil, das macht eine größere Sicherheit. Dann, wenn der Bus in der Busbucht steht und er blinkt, hat er ohnehin Vorrang, also wird auch der öffentliche Verkehr nicht blockiert und was man den Grünen sehr vorwerfen kann, es werden willkürlich bestehende Haltestellen umgebaut, Busbuchten, die funktioniert haben, Kollege Eber hat ein Beispiel herausgebracht, dass hier willkürlich eben eine Haltestelle so umgewandelt wird, dass der individuelle Verkehr möglichst behindert wird, das muss man den Grünen vorwerfen. Ein Wort noch zur ÖVP, sie macht natürlich weiterhin dem Koalitionspartner hier die Mauer, ihr seid bei Bürgerumfragen unglaubwürdig, weil ihr nicht einmal eurem Kollegen in Wien, dem Nationalratskollegen Schönegger, traut, also wie vertraut ihr dann den Bürgern, wenn ihr nicht einmal in den eigenen Reihen das Vertrauen habt. Dank an Kollegen Mariacher und an die KPÖ, die hier zustimmen, und die anderen Parteien bitte ich trotzdem Vernunft walten zu lassen und zuzustimmen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 17.35 Uhr den Vorsitz.

7) Sofortige Maßnahmen zur Reduzierung der Feinstaub-Belastung

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Nachdem wir die Verständnisfrage einer Vizebürgermeisterin geklärt haben, die ja in zirka 20 Tagen einmal mehr in den Katzenjammer einstimmen wird, der Feinstaub, der Feinstaub, es ist alles so schlimm, das werden wir Anfang März wieder haben, aber sich die letzten Jahre darauf beschränkt hat, sich gemeinsam einen Wettstreit des Versagens mit der Landesebene oder der Bundesebene zu liefern, denn so schaut ja die Feinstaubbekämpfung in der Stadt Graz aus. Also alles, was der Stadt Graz und der zuständigen Umweltreferentin eingefallen ist, fällt immer in die Kompetenz automatisch des Landes und des Bundes. Alles, was dem zuständigen Umweltminister einfällt, fällt automatisch gleich in die Kompetenz des jeweiligen Bundeslandes, aber ja nicht in seine eigene Kompetenz und alles, was dem zuständigen Umweltlandesrat in der Steiermark einfällt, ist, dass er nach Brüssel fährt, die Kompetenz dorthin verschiebt oder sinnvollerweise die Kompetenz in die jeweiligen Gemeinden abschiebt, aber auch keinerlei Eigeninitiative in seinem eigenen Bereich bei der Feinstaubproblematik sieht. Und dieses Spiel haben wir unter verkehrten Vorzeichen und umgekehrten Vorzeichen, rot, blau, schwarz, grün, egal wer gerade die Verantwortung in diesem Bereich trägt, seit zehn, fünfzehn Jahren. Sei es auf Landesebene ein zuständiger Umweltlandesrat Wegscheider oder jetzt ein Umweltlandesrat Kurzmann, sei es jetzt seit vier Jahren eine sogenannte Umweltstadträtin und Vizebürgermeisterin, die in diesem Bereich auch keinerlei nennenswerte Akzente gesetzt hat, um den Feinstaub in Graz tatsächlich zu bekämpfen. Und daher sage ich, sollten wir uns aus dem Stadium herausbewegen, immer den Fehler beim anderen zu sehen, sondern endlich damit beginnen, die Fehler bei uns selbst zu sehen und in unserem eigenen Bereich die Hausaufgaben zu machen. Und um das geht es im Kern, nämlich 12 Punkte stückweise umzusetzen, dass wir in Zukunft zumindest einen Teil der Feinstaubproblematik in unserem eigenen Bereich bekämpfen können, nämlich die eigene Kompetenz zu haben und zu

sagen, das sind Bereiche, wo wir in der Stadt Graz initiativ werden können und nicht das Problem der Feinstaubproblematik wie eine heiße Kartoffel auf Bundes- oder Landesebene delegieren und das haben wir gesagt, Kollege Schröck und ich, dass wir glauben, dass zwölf Punkte umsetzbar wären. Die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel an feinstaubbelasteten Tagen zum Nulltarif, das soll auch durchaus der Stadt Graz weh tun, der Stadtkasse und der Holding soll es durchaus weh tun, solange Graz feinstaubbelastete Tage hat, indem wir diese Verkehrsmittel zum Nulltarif anbieten. Der derzeitige Fernwärmeanteil, der die letzten drei Tage im Übrigen medial breitest diskutiert worden ist und auch kritisiert worden ist, dass Graz mit 38 % Fernwärmeanteil ausbaufähig ist, dass wir diesen Fernwärmeanteil zumindest uns vornehmen, bis zum Jahr 2016 diesen auf 60 % zu steigern. Dass wir Graz zu einer Solarregion machen, dass wir die Solaranlagen fördern, dass wir nicht nur 100 Euro pro Quadratmeter Solaranlage hergeben, sondern durchaus mutig sind und 200 Euro für pro Quadratmeter Solaranlagen fördern und damit einen Schritt mehr in Richtung erneuerbare Energie gehen. Dass wir ein städtisches Förderpaket aufstellen zur Sanierung von privaten Haushalten zur thermischen Sanierung, jetzt diskutieren wir einen KPÖ-Antrag, wo wir wissen, dass die Leute sich nicht einmal das Heizen leisten können, ja wie sollen sich denn die Menschen es leisten können, die Heizungen auszutauschen, wie sollen sie es sich leisten können, ihre Häuser thermisch zu sanieren, na selbstverständlich muss es da auch Förderanreize geben, das kommt im Übrigen auch der Bauwirtschaft dann schlussendlich zugute. Eine groß angelegte Sanierungsoffensive im Bereich der thermischen Sanierung der städtischen Wohnbauten. Nicht wie jetzt stückchenweise, bei jedem städtischen Wohnbau wird halt thermisch mitsaniert, sondern herzugehen und zu sagen, jawohl, wir unterstützen auch das Gewerbe, indem wir uns vornehmen, alle städtischen Wohnbauten und zwar binnen Drei-Jahres-Frist endlich thermisch zu sanieren und nicht immer einen Rucksack mitzuschleppen, wie es derzeit der Fall ist. Und beispielsweise ein Verbot der Neuerrichtung von Kohleheizungen; wir diskutieren alle über Kohleheizungen, aber es ist in Graz nach wie vor theoretisch und praktisch möglich, ein neues Haus zu bauen und selbstverständlich eine Kohleheizung

hineinzubauen und damit einmal mehr die Umwelt zu belasten. Bis hin zur weiteren Forcierung des Radverkehrsangebotes, da unterstützen wir die Vizebürgermeisterin auch auf ihrem Weg es weiterzuführen, wir unterstützen sie auch beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs, da ist die Stadtregierung sicherlich auf einem guten Weg, das steht außer Zweifel, aber wir wollen, dass jene wesentlichen Schritte zur Entschärfung der Feinstaubproblematik im eigenen Wirkungsbereich, im eigenen Kompetenzbereich in der Stadt Graz umgesetzt werden. Wir haben tausende Lungenerkrankungen im Jahr zu verzeichnen, mehr in Graz als in ganz Restösterreich. Die Feinstaubproblematik ist eine schleichende Vergiftung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und da sollten wir doch endlich aus dem Stadium der gegenseitigen Schuldzuweisung herauskommen, des gegenseitigen Suchens von Kompetenzen beim anderen und selbst in unserem Wirkungsbereich die Ärmel aufkrepeln.

Daher bringen wir auch einen folgenden

dringlichen Antrag

ein. Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die für das Umweltamt und die Abteilung für Verkehrsplanung zuständige Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker sowie sämtliche in die obig geschilderten Belange involvierten Stadtsenatsmitglieder sowie die zuständigen Abteilungen des Magistrats werden seitens des Gemeinderates der Stadt Graz aufgefordert, das vorgeschlagene Maßnahmenpaket umgehend zu prüfen. Auf Basis dieses Maßnahmenpaketes sollen Gespräche mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien zur raschen Realisierung der einzelnen Punkte ehestmöglich aufgenommen werden. Ich ersuche um Ihre Zustimmung (*Applaus BZÖ*).

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Kollege Grosz und die übrigen Gemeinderatsmitglieder, die schon Angst haben, ich kann es zum Glück auch ganz kurz machen, hier herinnen jetzt eine lange Diskussion zu beginnen, ist fruchtlos, der zuständige Umweltlandesrat setzt bereits die nötigen Maßnahmen um, auch was der Herr Grosz hier aufführt an Punkten...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. Ing. **Lohr**: Ja, dann müsst ein bisschen die Zeitung lesen und ein bisschen euch informieren. Fernwärmeanteil unter den Grazer Haushalten wird bereits forciert und gestärkt, thermische Sanierung der Haushalte passiert, bei Baustellenfahrzeugen werden bereits Dieselfilter eingebaut, auch verpflichtender Einbau der Dieselpartikelfilter bei Pkw und Lkw passiert, der Landesrat verbietet veralteten Dieseltaxis und Lkw jetzt Mitte des Jahres die Einfahrt, er hat das ein Monat verzögert, damit der Wirtschaftsstandort Graz nicht leidet, aber hier so ein Feinstaubdesaster aufzuzeigen, ist nicht notwendig. Die nötigen Maßnahmen werden umgesetzt und auch die heiße Luft, die der Kollege Grosz und andere produzieren, wird den Feinstaub nicht aufhalten (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Lisa, liebe Gäste! Dieser Antrag vom Herrn Gemeinderat Grosz ist wieder einmal ein Beispiel, das wirklich jegliche inhaltliche Kompetenz fehlt. Sie haben keine Ahnung, welche Maßnahmen die Stadt Graz bereits gesetzt hat im Bereich Solar und im Bereich Fernwärme und es zeigt wieder einmal, dass alles, was Ihnen einfällt, eine Copy-and-

Best-Antragspolitik ist. Nicht nur, dass Sie ungefragt und wahrscheinlich ohne das Urheberrecht zu beachten, unsere Anträge nehmen und im Parlament einbringen, Sie nehmen auch einfach den Antrag von Ihrem Kollegen Schröck, den er in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht hat, fast wortwörtlich und bringen ihn noch einmal als dringlichen Antrag heute ein. Offensichtlich haben Sie ein schweres Kommunikationsproblem untereinander. Ich werde jetzt auch nicht darauf eingehen, was ich letztes Mal wirklich im Detail auf alle Punkte, die Sie hier angeführt haben, bereits geantwortet habe dem Herrn Kollegen Schröck, ich würde Sie einfach bitten, dass sie mit ihm Kommunikation aufnehmen, dass Sie ihn fragen und kann nur nochmals sagen, dass die Frau Vizebürgermeisterin gebracht hat, dass wir laufend Druck ausüben auf Landesebene auf den Herrn Landesrat Kurzmann, der äußerst säumig ist und dass es dieses dringlichen Antrages sicher nicht bedarf. Darüber hinaus darf ich sagen, dass die Kolleginnen und Kollegen ohnehin und auch Sie die Möglichkeit haben, bei einem Ausschuss Anfang März im Detail sich anzuhören, welche Maßnahmen die Stadt setzt. Wir werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt daher zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Ja, diese Zeit um 16.00 Uhr am Mittwoch vor einer Gemeinderatssitzung, genau vor 24 Stunden, ist immer sehr spannend. Auch diesmal war die Spannung gerechtfertigt. Es kamen durchaus interessante dringliche Anträge und ich würde sagen auch einer, den ich eigentlich auch gar nicht anderes erwartet habe, das war deiner, lieber Gerald. Und ich möchte dir, zum Inhalt hat die Andrea eigentlich alles Wesentliche gesagt, mit einer Ergänzung, du arbeitest nicht nur mit Verletzung des Copyrights und Dergleichen, sondern auch mit einfach infamen Unterstellungen und ich möchte das für das Protokoll festhalten, das weise ich auf das Heftigste zurück, dass der Grüngürtel, der von Immobilienspekulanten mit Freunden im Rathaus trotz der schwarz/grünen Koalition bedroht ist. Wir wachen mit Argusaugen, dass unserm Grüngürtel und

unserem Grünraum nichts passiert, das ist eine infame Unterstellung (*Applaus ÖVP und Grüne*). Also die Stimmung gestern war nicht sehr positiv in der Summe, heute allerdings, als ich mit der Straßenbahn, ich gestehe, nicht mit dem Fahrrad, vorgestern hätte es mich auf der Erzherzog-Johann-Brücke also fast aufgehaut, ich habe es jetzt zu Hause gelassen, bin mit der Straßenbahn gekommen, hatte ich die Gelegenheit, die Woche zu lesen und da war ich wieder sehr erfreut, weil ich ein Zitat von dir da drinnen gefunden habe, das sagt Folgendes: Jeder muss in Sparzeiten seinen Beitrag leisten. Auch die Gschafthuber der Parteien. Und, Gerald, dazu fällt mir etwas Positives und leider auch was Negatives ein. Positiv, dass ich darin eine Art Selbsterkenntnis deiner Person sehe, denn, ich habe das hier gelesen, du kannst es dann richtigstellen...

Zwischenruf GR. Grosz: Richtig zitieren.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Ich sage es nachher, wenn ich noch darf, aber die Redezeit möchte ich nicht überschreiten. Also es ist für mich eine Art Selbsterkenntnis, ist bekanntlich der erste Weg zur Besserung, aber leider muss ich sagen, mein Hauptgedanke, es ist eine Projektion, der Gschafthuber wird hier auf die anderen übergestülpt, so heißt es in Wikipedia, obwohl er eigentlich zunächst sicher woanders zu Hause ist. Wir werden dem Antrag nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Richtigstellung, die Gschafthuber von SPÖ und ÖVP, die es zusammengebracht haben, 62 Millionen Euro aus den Ressorts der Bundesministerien ihren eigenen Vorfeldorganisationen zuzuschieben. 2,1 Millionen

Euro an den Bauernbund des Herrn Berlakovich, zehn Millionen an den Herrn Kohl vom Sozialministerium und, und, und. 62 Millionen Euro in einer Legislaturperiode, 62 Millionen Euro, die wir in Österreich für die Feinstaubbekämpfung sehr wohl brauchen könnten. Da weiß ich mich auch in einer Allianz mit dem Grün-Abgeordneten Öllinger und zu Ihnen, Kollegin Pavlovec-Meixner, beschäftigen Sie sich in Zukunft wirklich lieber mit dem Lobbyistengesetz, mit dem Sie in absehbarer Zeit ohnedies ihr Problem haben und Problem bekommen werden, wie wir wissen. Wo Sie sich auch schon ordnungsgemäß beschweren, dass wir in Österreich ein strenges Lobbyistengesetz haben und Sie nicht mehr wissen, wie Sie Politik und Ihre sonstigen Nebeneinkünfte unter einen Hut bekommen und das sogar bei Seminaren machen. Bin über alles informiert, Frau Kollegin, aber das werden Sie an einer anderen Stelle klären können. Beschäftigen Sie sich lieber damit und wenn, sehr geehrte Damen und Herren von FPÖ, Grünen und ÖVP, beschäftigen Sie sich mit dem Inhalt und nicht mit der Einschätzung der Person des Herrn Grosz. Der eine sagt, der Kurzmann hat eh alles gemacht, Gelächter bei den Grünen, die Grünen haben eh alles gemacht, der Grosz ist ein Trottel, Gelächter bei den Blauen. Unterm Strich, sehr geehrte Damen und Herren, unterm Strich wird weiter in der Feinstaubbekämpfung nichts weitergehen. Ihr Gelächter über die Umweltpolitik des Umweltlandesrates war genauso entlarvend wie die Aussage des freiheitlichen Vertreters, dass sein Umweltlandesrat ohnedies alles macht und Ihre Behauptung, dass die zuständige Umweltreferentin alles machen würde.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Ja, weil Sie schon so mit Argusaugen mich anschaut mit der Redezeit, da kriegt man ja schon Angst mit der Zeit. Der Fasching ist ja Gott sei Dank vorbei, da

braucht man sich nicht jede Maske antun. In eineinhalb Wochen ist dann Aschermittwoch, da könnt ihr euch allen wieder Asche über euer Haupt streuen...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat, es gibt gar keinen Grund, Angst zu kriegen, Sie haben Ihre Redezeit und machen Sie mit der Sache weiter.

GR. **Grosz**: Ich mache grundsätzlich mit der Sache weiter. Alle Parteien schieben auch in dieser Debatte die Feinstaubproblematik weiter und im Kern und in der Sache erledigen sie nichts. Ein Klubobmann der ÖVP, der ein Zitat von mir über die Parteiförderung aus dem Zusammenhang reißt als Begründung, dass er dem Feinstaubpaket nicht zustimmen kann. Da frage ich mich ja schon, ob wirklich alle noch bei Sinnen sind. Eine Grünabgeordnete, die kritisiert, dass ich die Petitionen der Stadt Graz, die niemals über das Bürgermeisteramt im Parlament eingelangt sind, dass ich diese kopieren würde bei der Atomkraft, Frau Kollegin, dann schauen Sie sich die Petition an, da ist ihr grüner Briefkopf selbstverständlich drauf, ich habe mir nur als Abgeordneter erlaubt, dies einzubringen. und selbstverständlich Abgeordnete die sich Sorgen machen, ob es eine Copybase-Geschichte zwischen meinem Gemeinderatskollegen Schröck, noch dazu in der gleichen Fraktion und mir gibt, wo wir diesen Antrag noch mehrmals einbringen werden zu zweit, allein, das nächste Mal der Kollege Schröck, wir werden Ihnen beim Feinstaub so lange auf die Nerven gehen, bis sie das Problembewusstsein erkennen, in diesem Bereich endlich etwas zu tun und nicht wie bisher sich ausschließlich daran üben, die Schuld beim anderen zu suchen, statt selbst endlich Maßnahmen zu setzen, ist ja zutiefst verantwortungslos.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Videoüberwachung des Billa-Ecks

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Meine Damen und Herren! Das Billa-Eck am Grazer Hauptplatz ist, wie wir alle wissen, zum sozialen Brennpunkt geworden, an dem sich das Scheitern der Grazer Kommunalpolitik in vielerlei Hinsicht offenbart.

Minderjährige Drogenkonsumenten, Alkoholabhängige und Menschen in ambulanten Drogenentwöhnungstherapien bilden dort die Hauptklientel an diesem Ort. Da gibt es skrupellose Drogen- und Tablettendealer, die deren traurige Situation gewinnbringend für sich zu nutzen wissen. Auf diesen wenigen Quadratmetern im öffentlichen Raum lässt sich das Versagen aller Verantwortlichen Tag für Tag erkennen, zumal der Grazer Hauptplatz als Mittelpunkt des städtischen Lebens täglich von tausenden Menschen frequentiert wird.

Unabhängig von dringend zu ergreifenden sozialen Hilfestellungen muss in erster Linie ein Problem dringend gelöst werden. Während nämlich jungen Menschen, deren Lebensumstände sie auf die Straße zwingen, unbedingt geholfen werden muss, dürfen die daraus Profit schlagenden Drogen- und Tablettendealer nicht ungestraft bleiben. Ich selbst habe mittlerweile mehrfach diese Art von Deals der Drogen- und Tablettenverkäufe beobachten müssen. Der jüngste Vorfall hat mir aber gezeigt, mit welcher selbstverständlichen Dreistigkeit die dort handelnden Personen mittlerweile vorgehen. Während vor dem Einsatz der Rathauswache vor allem in dem vor Blicken geschützten Innenhof des Rathauses gedealt wurde, hat sich die Szene mittlerweile wieder mitten auf den Grazer Hauptplatz und insbesondere rund um das Billa-Eck verlagert. Völlig ungeniert verkaufte dort ein Dealer Tabletten an einen

bedauernswerten sehr jungen Mann, wobei der Dealer sich so sicher fühlte, dass er es nicht einmal der Mühe wert fand, sein Geschäft vor den Passanten zu verbergen. Eigene Recherchen und Gespräche mit Ermittlern der Polizei haben mich dann über die wahren Dimensionen und Hintergründe dieser Szene aufgeklärt. Bei den gehandelten Substanzen handelt es sich vorzugsweise um Benzodiazepine und Tranquilizer mit enorm hohem Suchtpotenzial. Ein Einschreiten der Exekutive führt oftmals zu keinen Ergebnissen, da der bloße Besitz dieser Mittel nicht strafbar ist, vor allem da die meisten über gültige Dauerrezepte für diese Mittel verfügen. Die entgeltlose Weitergabe dieser Substanzen ist laut Suchtmittelgesetz auch straffrei. Um die strafrechtlich relevanten Geldflüsse aus diesen Deals nachzuweisen und zu dokumentieren, fehlt es der Polizei aber bekannterweise am nötigen Personal. Im konkreten Fall handelt es sich also um ein hochkriminelles Handeln, das leider ungehindert inmitten von Schulkindern, Familien, Touristen, Geschäftsleuten und Anrainern und vielen mehr stattfindet. Die größte Schande ist allerdings, und das müssen wir uns eingestehen, dass sich dieses Treiben auch direkt vor den Augen, vor den Augen der Grazer Politik neben und vor dem Rathaus abspielt. Es ist mir bewusst, dass es mit kommunalpolitischen Mitteln allein kein Lösungskonzept geben kann, da auch zwischen sozialpolitisch unterstützenden Maßnahmen einerseits und strafrechtlichen Konsequenzen auf der andere Seite unterschieden werden muss. Aus meiner Sicht darf aber nicht vor diesen unerträglichen Zuständen und kriminellen Machenschaften kapituliert werden und daher gilt es, den öffentlichen Raum zu schützen und wieder zurückzugewinnen. Grundsätzlich sind videoüberwachende Maßnahmen, die die Menschenwürde berühren und die sind durchaus kritisch zu beurteilen und müssen immer einer sehr genauen Prüfung auf Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit standhalten. In diesem Fall rechtfertigt aber der Schutzzweck die vorgeschlagene Maßnahme, vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass alle bislang ergriffenen Maßnahmen leider wirkungslos geblieben sind.

Daher stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter des Magistrates Graz werden ersucht, die notwendigen rechtlichen und organisatorischen Schritte zu einer Videoüberwachung des sogenannten Billa-Ecks zu prüfen und zu veranlassen. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Ich bitte um Annahme.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sicher ein ernstes Thema, keine Frage, und aus diesem Grund auch ein sehr klares Wort, dass der SPÖ-Gemeinderatsklub nicht nur jetzt die Dealerei beim Billa-Eck, sondern natürlich im gesamten Grazer Stadtgebiet und darüber hinaus natürlich verurteilt, und uns ist auch selbstverständlich bewusst, dass dieses Billa-Eck ein Hotspot in Graz ist, dass es unheimliche viele Menschen gibt, und das sind nicht nur die Verkäuferinnen und Verkäufer, die Kundinnen und Kunden des Billa, sondern das sind Touristen, das sind aber auch Grazerinnen und Grazer, die diesen Bereich unsere Stadt frequentieren, dass die Unannehmlichkeiten erwarten, befürchten und hier auch gewisse Ängste hier mitspielen, seien es die Probleme mit den Hunden etc. Wie gesagt, dieses Problem ist uns bewusst, wir wissen auch, dass es ein dringliches Problem ist, wir wissen aber auch, dass an der Lösung dieser Missstände, dieser Umstände, dieses Problembereiches intensiv gearbeitet wird, wir wissen auch, wie gesagt, dass eine Video-Überwachung in diesem Bereich sicherlich keine Lösung ist, weil wir können nicht die ganze Stadt videoüberwachen, um möglicherweise Dealern Herr zu werden, sondern es gibt andere und es muss andere Möglichkeiten geben, um hier diesen Menschen auch zu helfen und wieder in jene Bahnen zu lenken, wo wir sagen, es gibt ein Miteinander. Und aus diesem Grund werden wir hier, bei allem Verständnis für die Probleme, die dieses Eck verursacht, vieles ist auch herbeigeredet, aber vieles ist auch wahr, werden wir insofern auch Rechnung tragen, dass wir an dieser

Problemlösung weiterarbeiten, wir insbesondere auch die Sozialstadträtin, und ich muss schon eines sagen, es gibt ja, und deshalb verwundert es mich auch, wenn so getan wird, dass nichts passiert, nichts getan wird und wenn das eine Möglichkeit wäre die Installierung einer Videokamera, die zu dieser Lösung beiträgt, dann wundere ich mich, da es ja eine Expertinnen- und Expertenkommission gibt, wo auch Polizeivertreter dabei sind, wo die Ordnungswache in diesem Gremium sitzt, wo Sozialarbeiter sitzen, wo auch hier Drogenkoordinatoren sitzen, dass diese Möglichkeit selbstverständlich auch mit vielen anderen Möglichkeiten zur Besserung dieser Situation hier diskutiert wird. Und nachdem es hier, wie gesagt, ja sehr wohl Ansätze gibt und auch ernsthafte Bemühungen und laufende Bemühungen und es wird auch sicherlich die Möglichkeit geben, hier in Bälde über Ergebnisse dieser Expertenkommission zu berichten, werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses Stückes unsere Zustimmung in Form der Dringlichkeitszustimmung verwehren. Gleichzeitig möchte ich gleich jetzt auch, sollte es zur Einbringung des Abänderungsantrages der Grünen kommen, auch gleich hier eines sagen, dass wir auch diesem Abänderungsantrag hier unsere Zustimmung verweigern, weil es so ist, dass das BZÖ in dem Antrag von einer Videoüberwachung beim Billa-Eck redet und die Grünen einfach das Problem viel größer sehen, über ganz Graz drüberlegen, das heißt, wir sehen hier nicht unbedingt einen kausalen Zusammenhang mit diesem dringlichen Antrag des BZÖ und dazu kommt auch noch eines, dass es wenig Sinn macht, die Sozialstadträtin hier aufzufordern, einen Bericht darzulegen, wo sie den sowieso darlegt und darbietet in Form des Sozialausschusses, also wir sehen hier keine Notwendigkeit, weder dass der Bürgermeister hier Netzwerke eröffnet, weil es diese Netzwerke, diese ExpertInnenkommission gibt, noch sehen wir eine Notwendigkeit, in Form eines Antrages hier politische MandatarInnen, Stadtsenatsmitglieder hier zu verpflichten, zu verdonnern, hier Rede und Antwort zu stehen, wo sie sowieso in den jeweiligen Ausschüssen darüber Auskunft geben. In diesem Sinn tut es mir leid, Georg, ein klares Nein der SPÖ zur Dringlichkeit und ein klares Nein der SPÖ zum Inhalt.

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie, lieber Georg! Ich bin mir sicher, dass du deinen Antrag gut vorbereitet hast und dass du das Thema ernst meinst. Jeder, der unten beim Billa-Eck vorbeigeht, ich glaube, fast jeder von uns ist heute auch vorbeigegangen, hat gemerkt, dass die Leute sogar trotz Minustemperaturen vor Ort sind und dass das ein Problem ist, dass das ein sozialpolitischer Brennpunkt ist und da sind, glaube ich, alle Parteien gefragt, Lösungsvorschläge einzubringen und ich bin auch froh, dass das BZÖ sich hier beteiligt und du, lieber Georg, hast auch ermittelnde Beamte erwähnt, dass du da recherchiert hast. Wir sind einen Schritt weitergegangen und haben bereits, weil es uns wichtig war, dein Anliegen beantwortet oder beantworten lassen, besser gesagt, weil du forderst in deinem dringlichen Antrag die rechtliche und die organisatorische Prüfung, ob eine digitale Videoüberwachung am Billa-Eck möglich ist. Und das muss man auf drei Ebenen sich anschauen und ich bin gestern an den Herrn Polizeikommandanten Brigadier Kurt Kemeter herangetreten und er hat uns eine Beantwortung bereits geliefert. Ich habe die Beantwortung fünffach ausgefertigt, die bekommt dann jeder Klub. Nur kurz zum Inhalt gleich, es gibt die Ebene der gesetzlichen Voraussetzung, und da schreibt uns der Kommandant Folgendes: Es müsste, dass man eben eine Videoüberwachung anbringen kann, müsste eine grobe Gefahr vorherrschen gegen Leben, Gesundheit und Eigentum. Der Kurt Kemeter hat die letzten Delikte einfach angeschaut, was hier passiert ist und eine Auswertung hat ergeben, dass eigentlich da nur Verwaltungsübertretungen stattgefunden haben, natürlich passiert da mehr, aber eben nicht dort direkt vor dem Billa. Die zweite Ebene ist die technische Umsetzung und die technische Umsetzung ist schwierig aber möglich. Man muss das vielleicht vom Rathaus aus machen, dass man das einsieht, das ist ein Eck, wie beschrieben, deswegen muss man wahrscheinlich mit zwei Kameras arbeiten, aber es ist schwierig, weil das jeden Tag auch gelöscht werden muss und angeschaut werden muss, es ist möglich. Die Sinnhaftigkeit, und da bitte herhören, weil das beantwortet die Polizei, die da auch zitiert wurde, die Polizei sagt, es ist nicht sinnvoll, weil eine Kamera einen gewissen Radius nur aufnehmen kann und was passiert, die Leute sind ja nicht aus irgendeinem

Grund am Hauptplatz, die Leute sind am Hauptplatz, weil sie die Öffentlichkeit suchen und was würde passieren bei einer Kamera, die Leute würden noch mehr diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, dass sie in der Öffentlichkeit sind und der strafrechtliche Delikt der Dealerei würde dann genau fünf Meter neben der Kameraeinsicht stattfinden. Deswegen lehnt die Polizei diese Maßnahme ab. Zum Zusatzantrag der Grünen, der höchstwahrscheinlich vom Stefan Schneider eingebracht wird, sollte der Antrag eine dringliche Mehrheit bekommen, kann nur so viel gesagt werden, die drei Punkte, erster Punkt der Dialog mit der Polizei, hier wird der Bürgermeister aufgefordert, der findet statt. Zweiter Punkt, dass vermehrt Fußstreifen zum Einsatz kommen, das ist auch der Fall, das hat der Herr Kemeter in seiner Stellungnahme auch zugesichert und dritter Punkt, dass die Sozialstadträtin in einem Sozialausschuss kundtut, was sie bis jetzt gemacht hat, weil wir wissen bei dieser Problematik, und das hat auch der Georg Schröck im Vorgespräch mir gesagt, dass mittel- und langfristig hier der sozialpolitische Brennpunkt wirklich nur mit der Sozialpolitik auch wirklich sinnvoll bekämpft werden kann. Aber die Sozialstadträtin kann das ohnedies machen und wird es sicher in einem der nächsten Sozialausschüsse machen. Deswegen stimmen wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zu, habe allerdings die Beantwortung der Polizei in fünffacher Ausführung und werde diese Ausführungen an die Klubs austeilen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Frau Vizebürgermeister, lieber Antragsteller! Meine Fraktion wird sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses Antrages zustimmen, wobei wir uns natürlich bewusst sind, dass eine Videokamera nicht das Allheilmittel ist. Aber ich glaube, es ist nicht einzusehen, dass gerade am Hauptplatz, und wie es der Name schon sagt, ist das der Hauptplatz, dass da 15 Meter oder 20 Meter vor den Augen des Bürgermeisters diese Zustände sich abspielen. Natürlich kommt immer wieder das Argument der Verdrängung, das ist mir schon ganz klar, dass es nicht so ist, dass jetzt mit der Kamera jetzt Honig fließen wird, aber eine Kamera hat doch einiges

bewirkt dann, kann ich ja aus eigener Erfahrung reden, Kollege Eichberger, du weißt es ja auch, Jakominiplatz, langjährige Forderung von mir, ein langjähriger Kampf, hat relativ viel gebracht, am Jakominiplatz die Kamera und, Kollege Hohensinner, was du da gesagt hast, das ist natürlich die immer wiederkehrende Weichschieberei der Polizei. Das habe ich auch schon hundertmal erlebt, das Gleiche war ja auch im Stadtpark, es kommt immer wieder das Argument auch im Stadtpark, dass die Polizei, wenn man sagt, man will sozusagen Ruhe und Ordnung im Stadtpark haben, dann kommt die Polizei immer mit Zahlen und sagt, soundsoviel usw. Ist sicher richtig dann, aber da gibt es immer wieder, das habe ich eh schon tausendmal erwähnt, das Argument der objektiven und der subjektiven Sicherheit und frage einmal, jetzt ist es eh besser, muss man auch fairerweise sagen, aber frage, wie es vor eineinhalb Jahren Grazer Bürger, ob sie gerne abends um 8.00 Uhr durch den Grazer Stadtpark gegangen wären, da sind sicher nicht sehr viele Leute überfallen worden, gebe ich dir vollkommen Recht, aber nur das subjektive Gefühl der Bürger war eben, dass sie nicht durch den Stadtpark gehen wollten und das Gleiche ist natürlich auch hier am Billa-Eck vor dem Hauptplatz, dass es natürlich für Grazer nicht gerade angenehm ist, wenn man Grazer durch die Stadt führt und das sieht man dort vor dem Billa-Eck dann und das Gleiche ist natürlich auch für Grazerinnen und Grazer, wenn sie abends oder wenn es dunkel wird, dort vorbeigehen, dann ist das nicht optimal. Also da stimme ich nicht überein, was die Polizei sagt, ich glaube, Videokameras würden sehr wohl etwas bringen. Und dann noch eine kleine persönliche Randbemerkung von mir, trifft meine zwei politischen Ziehsöhne, kann ich ja sagen, das ist der Kollege Schröck und der Kollege Hohensinner, die ja immer wieder...

Zwischenruf GR. Schröck: Jetzt hat er uns ruiniert auf Lebenszeit.

GR. Mag. **Korschelt**: ...die immer wieder, teilweise sind ja viele eurer Anträge sind ja alter Wein in neuen Schläuchen. Mir kommt das so vor, dass ihr ein bisschen durch das Archiv des Rathauses geht und dann schaut...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Korschelt**: Nein, ich habe das absichtlich so gesagt, dass ihr durch das Rathaus marschiert, diesen Antrag, den der Kollege Schröck gebracht hat, haben wir schon vor einigen Jahren gebracht und das Gleiche ist ja bei, lieber Kollege Kurt Hohensinner, freiwillige Feuerwehr oder jetzt gerade große Schlagzeile in der Grazer Woche, „Patenschaft für Sauberkeit“ usw. Lies einmal vor einem halben Jahr, was in der Kleinen Zeitung gestanden ist, genau das Gleiche, „Patenschaft für Sandkisten“ usw., ihr tut schon immer ein bisschen das wieder aufleben lassen, aber mich persönlich freut es dann und wie gesagt, ich hoffe, ihr könnt meine Vaterschaft annehmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schneider**: Hoher Gemeinderat, verehrte Damen und Herren! Wir kennen die Situation am sogenannten Billa-Eck alle, hier muss was getan werden, die Videoüberwachung ist offensichtlich, das ist jetzt auch von mehreren Seiten, auch von Fachseite bestätigt worden, nicht der richtige Weg, der das Problem wirklich löst. Wenn man sich die Bilanz anschaut von einer Videoüberwachung, da steht auf der einen Seite natürlich, dass hier die BürgerInnen und die Menschen in Graz gefilmt werden, auf der anderen Seite steht, dass das Problem, dass es Drogenhandel gibt am Hauptplatz, dadurch nicht gelöst wird, also ein Nein zur Videoüberwachung. Das

Problem ist indes schon dringend, deswegen ist es auch wichtig, dass man zu der Sache wieder diskutiert, nachdem das Problem, wir haben ja schon öfter darüber diskutiert, sich da nicht viel geändert hat. Schade, dass diese Dringlichkeit von einer Fraktion nicht gesehen wird, dass da auch eine gewisse Dünnhäutigkeit besteht, wenn Aufträge vom Stadtparlament an die Stadtregierung übermittelt werden. Der Punkt ist, die Frau Sozialstadträtin, freut mich, wenn der Kurt Hohensinner sagt, dass die Frau Sozialstadträtin im Sozialausschuss berichten wird, wir sind gespannt auf den Bericht. Es sind da einige Dinge offen, muss man sagen, zum Beispiel auch das von der FPÖ eingebrachte Projekt einer Soziothek für Graz, das wäre sehr wichtig, wenn man da weiter vorgeht, das auch zu verwirklichen und auch der Herr Bürgermeister, der jetzt nicht da ist, dem fehlt sicher auch kein Stein aus der Krone, wenn er, nachdem er viel mit der Polizei redet, das auch insofern öffentlich macht, als er das von ihm ja geschaffene Netzwerk Sicherheit einberuft und es dort eine gepflegte Diskussion und einen gepflegten Bericht über die Möglichkeiten gibt, dass das dort stattfindet. Wir haben ja, haben wir ja hier gemacht auch, neue Polizistinnen und Polizisten angelobt in Graz, natürlich spannend auch zu erfahren, wo die eingesetzt werden, wie die eingesetzt werden, was die machen und ob es eben tatsächlich mehr Fußstreifen zum Beispiel gibt, einerseits von der Polizei, andererseits natürlich auch interessant zu erfahren, wie jetzt auch von der Seite der Sozialverwaltung der Stadt Graz hier agiert wird. Von unserer Seite, wie gesagt, Zustimmung zur Dringlichkeit, zur Videoüberwachung nicht, aber sehr wohl dafür, dass wir an dieser Sache weiterarbeiten (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck:** Dass sich leider nicht einmal für die Dringlichkeit eine Mehrheit abzeichnet, muss ich sagen, macht sich bei mir doch eine gewisse Ernüchterung breit, weil ich habe...

Zwischenruf GRin. Binder: Sind Sie nicht nüchtern?

GR. **Schröck:** Nicht in dem Sinne, den Sie meinen, liebe Kollegin Binder. Ich habe nämlich meinen Antrag zumindest versucht, sehr differenziert zu formulieren, ich habe auch versucht, die soziale Problematik, die dahintersteht, auch sensibel zu behandeln und meine Intention ist es eigentlich nur, dass in diesem Bereich endlich was passiert, dass was passieren muss, dass diese Schande für die kommunale Politik, denn das ist es, dass hier mitten vor unserem Rathaus, vor unseren Augen, wo wir jeden Tag zuschauen, wenn wir in unsere Büros gehen, hier endlich etwas passiert, dass diese Schande auch ausgelöscht wird.

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker: Ausgelöscht?

GR. **Schröck:** Nein Moment, nicht bitte jetzt an einem Wort festmachen, hören Sie mir zu, haben Sie auch den Antrag gelesen? Es muss dieses Problem, und ich habe gerade gesagt, ich habe versucht...gelöst werden, bitte. Schade, dass Sie sich an ein paar Worten aufhängen und hier aber dennoch nicht die Dringlichkeit erkennen dieses Problems, weil dringlich ist das Problem ja allemal. Wer hier die Dringlichkeit nicht erkennt, der kann nachher hier gleich beim Optiker einen Termin ausmachen, lieber Klaus Eichberger, aber ich sehe schon ein, du hast gerade vorhin beim Antrag der ÖVP gemeint, es ist immer gefährlich, wenn es dann heißt, es ist schon im Laufen, es passiert ja alles. Ich habe es im Ohr, aber genau das hast du jetzt auch gesagt...oder der Karl-Heinz war es, aber genau das hast du jetzt auch gemacht. Du hast gesagt, es ist eh alles in Ordnung, es passiert ja eh schon, nur um hier eine

gewisse Untätigkeit auch im Sozialressort meiner Namensvetterin hier zu verteidigen und zu kaschieren. Zum Harald Korschelt ist zu sagen, ja alt, aber gut, Harald, auf diesem Wege darf ich dir noch einmal alles Gute zum Geburtstag wünschen in diesem Zusammenhang und zu meinem Stiefbruder im Geiste jetzt, zum Kurt, du hast dir die Mühe gemacht hier, du hast eine Expertise geholt, danke für diese Bemühungen, es ist alles schön und gut, es würde aber auch dem Brigadier Kemeter einmal gut tun, auch mit seinen Beamten direkt auf der Straße zu sprechen, denn diese sehen die Problematik dann schon etwas anders und ich kann nur sagen, wenn da steht, gefährliche Angriffe gegen Leben, Gesundheit und Eigentum, wenn wir das Eigentum vielleicht jetzt einmal weghalten, natürlich geht es da um Leben und Gesundheit, um was anderes geht es denn sonst bei Drogendeals? Es geht hier um Leben und Gesundheit der Personen, die in diesem Kreis drinnen sind und Eigentum natürlich auch, weil die Dealer sich hier an dieser Situation auch bereichern. Und noch dazu, es gibt natürlich noch ein zweites Lösungskonzept, das stimmt natürlich auch nicht, nach Sicherheitspolizeigesetz gibt es natürlich auch nachher die Verordnung einer Schutzzone in diesem Bereich, was natürlich auch noch eine Möglichkeit wäre. Im Grund kann ich sagen, es ist schade, dass hier mit ein paar Ausreden wieder einmal gesagt wird, die Dringlichkeit ist nicht erkennbar. Die Dringlichkeit ist natürlich erkennbar, wir brauchen nur auf den Balkon rausgehen und die Leute beobachten, die auch jetzt noch zu dieser Abendstunde hier rund ums Billa-Eck stehen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Ablehnung populistischer wahlvorbereitender Alleingänge mittels sogenannter „Bürgerbefragungen“, die insbesondere ein hohes Manipulationspotential in sich tragen

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um Maßnahmen, die einfach notwendig sind, um auf die wahlvorbereitenden Alleingänge der Bürgermeisterpartei zu reagieren mit sogenannten Bürgerbefragungen, die *(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke)* ein enormes und hohes Manipulationspotential auch in sich tragen. Es ist ja durchaus loblich, wenn man Wege findet, auf die Bürger zuzugehen, den Gehörgang ein wenig freizumachen, um mit den Bürgern von Angesicht zu Angesicht zu sprechen und zu agieren, aber dieses „Kuddelmuddel“, was hier durch diese Bürgerbefragung entstanden ist, dass Landes- bzw. Bundesthemen den Grazerinnen und Grazern vorgegaukelt werden, dass das Grazer Themen sind, die sie als Grazer Bürger entscheiden können, das ist sicher abträglich diesem Befragungsinstrument und ich sage auch ganz deutlich, wenn das öfter vorkommt, dann wird man dieses Instrument damit sehr stark beschädigen bis unmöglich machen.

Von einer Demokratie à la Schweizer Muster ist man in Graz sowieso meilenweit entfernt, und zwar nicht nur bei der Mitbestimmung, sondern schon viel früher beim Preisgeben von Informationen aufgrund der mangelnden Transparenz, aufgrund der mangelnden Einschaugewährung. Und wenn es gar darum geht, die eigene politische Klientel zu bedienen beziehungsweise dazu, das den Grazer Bürgerinnen und Bürgern abgenommene Steuergeld parteipolitisch vorteilhaft einzusetzen, ist vom Mitreden in Graz überhaupt keine Spur mehr.

Das ist wahrlich, sage ich einmal, negativer Populismus und hier muss man aufwachen, hier muss man die Umstände sehen und zur Auffassung gelangen, dass hier eben keine offizielle Bürgerbefragung stattfindet, sondern nur von einer wahlwerbenden Gruppe. Diese verfälschende öffentliche Meinungsbildung ist ganz

klar, das zeigen mir auch zahlreiche Grazerinnen und Grazer, die sich bei mir gemeldet haben, daher ist der Ergebnisverfälschung auch Tür und Tor geöffnet.

Auf die parteipolitische „Folgenutzung“ muss ich ebenso eingehen wie ich seinerzeit bei den Grünen eingegangen bin, die mit Spendenlukrieren und E-Mail-Adressen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und Adressenlukrieren im Rahmen ihrer Kampagne zur Verhinderung des Murkraftwerkes genau die gleichen Fehler gemacht haben, vielleicht sogar Vorbildfunktion für die Bürgermeisterpartei waren, um hier personenbezogene Daten zu verwenden, die, wir werden es sehen, in Wahlkampfzeiten dann sehr leicht eingesetzt werden und verschickt werden, um hier entsprechende Stimmung zu machen. Ich glaube daher und ich bin ja in vielen Punkten oder in mehreren Punkten meines Antrages mit den der SPÖ durchaus inhaltlich ident, dass wir sehr schnell hierauf reagieren müssen auf diese Situation in Graz und dass wir einen Konsens finden müssen, einen fraktions- und die politischen Parteien übergreifenden Konsens finden müssen, wie wir sozusagen nach außen hin auftreten und wie wir die Stadt Graz am besten verkörpern können.

Daher stelle ich den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge folgende Empfehlung im Sinne einer Selbstbindung der Grazer Gemeinderäte und der Grazer Stadtregierungsmitglieder beschließen:

1. Alle im Grazer Gemeinderat vertretenen politischen Kräfte sind angehalten, sich in Form und Inhalt tunlichst eines quasi-offiziellen Anstriches zu enthalten und dies auch bei Bürgerbefragungen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) völlig unmissverständlich und transparent klarzumachen und die Folgenutzung anfallender personenbezogener Daten penibel korrekt dazulegen.

2. Alle im Grazer Gemeinderat vertretenen politischen Kräfte sind angehalten, die Pro- und Contra-Argumente bei Bürgerbefragungen in klarer und nachvollziehbarer Form im unmittelbaren Zusammenhang zur betreffenden Frage darzulegen, ich erinnere an die Worte auch von Karl-Heinz Herper, und dabei sich auf Grazer Themen zu beschränken, bei denen die Stadt Graz eine rechtliche Umsetzungskompetenz inne hat.

3. Alle im Grazer Gemeinderat vertretenen politischen Kräfte sind aufgefordert, so es sich um sachlich konkrete und ernsthafte Themen handelt, das zuerst im Grazer Gemeinderat zur Sprache zu bringen und nach Möglichkeit einen überfraktionellen Weg – der ja auch wohl fast immer eine unpopulistische Qualität zum Wohl unserer BürgerInnen bedeuten würde - zumindest zu finden zu versuchen.

Bitte um Diskussion und auch Annahme dieses Antrages. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.